Einzelnummer 40 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Saalkreis

Nummer 275

5. Jahrgang.

Bezugspreis: Monatlich 6.– Mk. und 1,– Mk. Bestellgebühr; durch die Ausgabestellen 6,50 Mk mit Abholegebühr. Durch die Post zugestellt monatlich 7,– Mk.; im Vierteljahr 21.– Mk.

für die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels-Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtgespaltenen Anzeigenteil kostet 70 Pfg.; Reklame im dreigespaltenen Textteile 3.– Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Erscheint jeden Werktag: Sonnabends mit der illustr. Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" u. „Für die arbeit. Jugend".

Redaktion in Halle: Gr. Brauhausstr 17 Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nr.: in Halle: 6802. Eisleben: 302. Sprechz. i. Halle: v. 11–12, i. Eisleben: n. 4–6 Uhr

Halle, Donnerstag, den 24. November 1921.

Verlag u. Geschäftsstellen: in Halle: Gr. Ulrichstraße 27 in Eisleben: Bahnhofstraße 22 Fernruf: Halle: 5407. Eisleben: 302. Postscheckkonto 11092 Erfurt.

So wird die Einheitsfront.

Am Mittwoch vormittag traten auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Parteivorstände der SPD. und der USP. im Reichstage zu einer Sitzung zusammen, um die Steuerfragen, die Teuerung und ähnliche Probleme zu verhandeln. Auch der Afa-Bund war vertreten. Einige Kommunisten erschienen als angeblich von den Unabhängigen eingeladen. Unsere Genossen ließen keinen Zweifel darüber, daß sie sich von einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, wie diese sich einstweilen gebärden, nichts versprechen könnten. Die Unabhängigen traten zwar für die Zulassung der Kommunisten ein, stießen jedoch damit bei den Gewerkschaftlern nicht auf Gegenliebe. Auch die Delegation der Betriebsräte, die unter dem Protektorat der Kommunisten sich seit Dienstag im Reichstage etabliert hat, wurde, und zwar einmütig, nicht zu der Sitzung zugezogen. Beide Parteien sind aber selbstverständlich bereit, einzeln mit der Delegation der Betriebsräte zu verhandeln. Wie zweckmäßig es war, die Sitzung auf die freigewerkschaftlichen Organisationen und die beiden sozialdemokratischen Parteien zu beschränken, zeigte der Lauf der Verhandlungen deutlich. Es wurde sachlich und kameradschaftlich verhandelt und man kam zu einer weitgehenden Einigung, ein Ergebnis, das mit den wilden Kommunisten natürlich nicht zu erzielen gewesen wäre. Zu dem von den Gewerkschaften aufgestellten Aktionsprogramm gegen die Teuerung und zur Lösung der Steuerfragen konnte Genosse Hermann Müller erklären, daß wir mit diesem Programm ganz und gar einverstanden seien, denn wir hätten es schon bei der jüngsten Regierungsbildung als unsere Forderungen aufgestellt. Insbesondere sei die Erfassung der Sachwerte unsere Forderung. Auch habe sich die Sozialdemokratie bereits bei dem Reichsfinanzminister für die schnellere Einziehung der fälligen Einkommensteuer eingesetzt, und zwar so, daß die Einkommensteuerpflichtigen entsprechend ihrer Steuerdeklaration sofort zu zahlen hätten und die endgültige Verrechnung später erfolge. Bezüglich der Besteuerung der Spekulationsgewinne und der Bekämpfung der schweren Mißbräuche im Devisenhandel ergab sich Uebereinstimmung mit der USP. Hinsichtlich unserer Stellung zum Steuerprogramm, insbesondere auch zu den Verbrauchssteuern befindet sich die Sozialdemokratie, wie Hermann Müller ausführte, in Uebereinstimmung mit den freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenvertretern im Reichswirtschaftsrat. Die Gewerkschaften haben übrigens schon im August erklärt, daß sie, wenn dadurch die Inflation aufgehalten werden kann, Verbrauchsabgaben zustimmen würden, selbstverständlich immer unter der Voraussetzung, daß genügend Besitzsteuern durchgeführt werden.

Man konnte von den Vertretern der Unabhängigen nicht erwarten, daß sie schon in dieser Sitzung bindende Erklärungen über ihre endgültige Stellungnahme zu den Verbrauchssteuern und Zöllen abgeben würden. Die ganze Haltung der Vertreter zeigte aber, daß sie geneigt sind, diese taktische Frage mit ernster Sachlichkeit zu prüfen. Die Verhandlungen zeigten jedenfalls, daß zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien eine grundsätzliche Verschiedenheit in der Auffassung der gegenwärtigen Lage nicht besteht. Man darf also hoffen, daß die Entgleisung der Unabhängigen unter der Führung Rosenfelds am vergangenen Samstag in der Justizdebatte nur eine einmalige Entgleisung war. Die Unabhängigen werden aus der Rede Müllers noch einmal die ganze Erkenntnis der gespannten Lage geschöpft haben. Unser Parteivorsitzende wies nämlich darauf hin, daß der Reichskanzler sicher weit mit den Gewerkschaften gehen werde. Er werde es aber schwer haben, sich in der Zentrumsfraktion gegen den Industrieflügel ten Hompel, Glöckner usw. durchzusetzen. Die Auflösung des Reichstages während der Steuerkämpfe, die eine Einigung unter dem gegenwärtigen Ministerium kaum möglich erscheinen lasse, sei sehr wahrscheinlich. Man müsse mit dem Ruf an das Volk in kurzer Frist rechnen.

Der Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Genf.

Genf, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die Führer der deutschen und polnischen Kommissionen für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien traten heute unter dem Vorsitz Calonders zu den ersten Besprechungen zusammen. Die Vormittagssitzung war mit Begrüßungsansprachen ausgefüllt. In der Nachmittagssitzung wurde beschlossen, die Beratungen vertraulich zu behandeln, jedoch über den Verlauf der Sitzungen von Genf aus nach Möglichkeit eine Mitteilung zu veröffentlichen. Der Tagungsort der kommenden Verhandlungen ist noch nicht bestimmt. Aller Voraussicht nach werden jedoch die Sitzungen in Danzig stattfinden.

Die Sozialdemokratie verlangt umfassende Besitzsteuern.

Im 35. Ausschuß des Reichstages (indirekte Steuern) gaben die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder am Mittwoch vormittag folgende Erklärung ab:

„An den vorliegenden Steuer- und Zollvorlagen werden wir sachlich mitarbeiten, ohne uns jedoch durch unsere Abstimmung für gebunden zu halten. Die Haltung unserer Ausschußmitglieder wird davon abhängen, ob die Besitzbesteuerung in so reichem Maße erfolgt, daß eine stärkere Heranziehung des Verbrauches sich rechtfertigen läßt, und ferner, ob die Industrie sich zu annehmbaren vorübergehenden Leistungen für das Reich bereit erklärt, ohne an diese Hilfe unannehmbare Bedingungen zu knüpfen. Solange über diese entscheidenden Punkte keine Klarheit herrscht, müssen sich die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten."

Nahrbayern wird munter.

München, 23. November. (SPD.) In Bayern ist bezüglich des Beschlusses des Reichstages eine Kommission auch zur Festung Niederschönenfeld zu entsenden, ein künstlich hervorgerufener Sturm der Entrüstung entfesselt worden. Die bayerische Staatszeitung geht dieser Propaganda durch die Drohung mit einer Abtrennung Bayerns vom Reich voran und schreibt:

Die Ausführung des Besuches der Reichstagskommission könnte unter Umständen von einer Tragweite für die Weiterbildung des Reichsverfassungsrechtes werden, die sich heute kaum übersehen läßt. Der Ministerpräsident hat inzwischen an die Leitung der Strafanstalt die Weisung erteilt, ein Betreten der Anstalt durch die Untersuchungskommission unter Umständen mit Gewalt zu verhindern." Die Augsburger Arbeiterzeitung faßt ihre Auffassung über die Wahrung der Justizhoheit Bayerns in den Worten zusammen: „Die Stätte der Gerechtigkeit darf nicht zum Tummelplatz des Pöbels werden."

Genosse Nikisch sagte mit Recht im Landtag: Er wundere sich, daß man sich errege, wo es doch die schönste Aufgabe der Reichsregierung sei, verletztes Recht wiederherzustellen und mißhandelte Staatsbürger zu ihrem Rechte kommen zu lassen, auch wenn sie in Bayern wohnen. Einer unserer führenden Genossen erklärte dem Grafen Lerchenfeld, daß die bayerische Arbeiterschaft nicht gewillt sei, sich mit einigen höflichen Worten einschläfern zu lassen.

Inzwischen hat das bayerische Justizministerium gegen die Münchener Post eine gerichtliche Untersuchung wegen Hochverrats einleiten lassen, da ihm die Mahnung dieses Blattes: mit den bayerischen Mord- und Geheimbunds-Organisationen aufzuräumen, unbequem geworden ist.

Die Entscheidung vor Weihnachten.

Die Aussprache, die am Dienstag in den vereinigten Steuerausschüssen des Reichstages geführt wurde, hat ergeben, daß jedenfalls noch vor Weihnachten die Entscheidung über die Frage der Kredithilfe fallen muß. Am 15. Januar müssen wir 300 Millionen Goldmark bezahlen. Davon wird uns nichts geschenkt werden, wie wir aus den Erklärungen der Reparationskommission wissen. Da wir das Geld nicht zur Verfügung haben, müssen wir es uns irgendwie beschaffen, d. h. borgen. Bekommen wir es nicht, dann müssen wir zum 15. Januar erklären, daß wir nicht zahlen können, und dann würden wir — auch das wissen wir aus den Erklärungen der Reparationskommission — als ein böswilliger Schuldner behandelt werden und den gegen die deutsche Einheit gerichteten Gewaltmaßregeln Frankreichs wehrlos ausgeliefert sein. Bringen wir die Sache nicht noch vor Weihnachten in Ordnung, dann ist die Aussicht, daß uns das noch nach Weihnachten gelingt, verzweifelt gering. Das heißt, die Sache muß noch vor Weihnachten in Ordnung gebracht werden.

Es gibt zwei Möglichkeiten: eine von der ausländischen Finanzwelt gestützte innere Anleihe, oder eine äußere Anleihe. Der erste Fall heißt Kredithilfe der Industrie, der zweite direkte Kreditgewährung der ausländischen Finanzwelt an das Reich. Ist auf dem ersten Weg kein Fortkommen, so muß sofort versucht werden, den zweiten zu beschreiten.

Der Reichsverband der Industrie hat seine Kredithilfe an die bekannten Bedingungen bezüglich der Reichseisenbahnen und der Freiwirtschaft geknüpft, die, wie der Reichskanzler am Dienstag erklärte, nicht nur nicht fallen gelassen, sondern ausdrücklich wiederholt worden sind. Ginge es nach dem Gefühle, die man auf der Seite des Reichstages hegt, dann hätte die Regierung die Verhandlungen mit der Industrie längst abbrechen müssen. Die Regierung glaubt, diesen Gefühlen nicht Rechnung tragen zu dürfen. Denn einmal sieht sie die große Gefahr einer Reparationskrise im Januar, zum andern aber neigt sie zu der Ansicht, daß der Abbruch der Verhandlungen durch die Regierung gerade von denjenigen Elementen der Industrie herbeigewünscht wird, die sich auf die bekannten Bedingungen versteiften in der Absicht, die Kreditaktion damit zum Scheitern zu bringen. Die Regierung verhandelt daher weiter mit dem Ziele, eine Kreditaktion der Industrie ohne jene Bedingungen zu erreichen. Daß sie auf sie eingehen wird, braucht man schon deshalb nicht zu befürchten, weil die Erfüllung der von der Industrie gestellten Forderungen ohne den Reichstag unmöglich ist, dort aber eine Mehrheit für sie fehlt. Das Ergebnis, das in den allernächsten Tagen zu erwarten ist, kann also nur sein: entweder Fallenlassen der Bedingungen durch die Industrie oder Abbruch der Verhandlungen.

Mit dem Abbruch der Verhandlungen wäre der Versuch einer inneren von der ausländischen Finanzwelt gestützten Kreditaktion gescheitert, und es bliebe dann nur noch der Versuch einer äußeren Anleihe übrig, die das Reich selbst mit den großen ausländischen Geldgebern von London und New York abzuschließen hätte. Hier ergibt sich aber sofort die Frage der Zahlungsfähigkeit und der Pfänder. Die deutsche Privatwirtschaft ist heute dem Ausland gegenüber kreditfähiger als das Reich, weil sie Grund und Boden, Gebäude, wirtschaftliche Unternehmungen besitzt, die bedeutende Erträge abwerfen. Was aber besitzt das Reich? Die Sachwerte, die sich in seinem Eigentum befinden, Eisenbahnen usw., sind längst überlastet und werfen keine Erträge ab, die zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe verwendet werden könnten. Das Reich besitzt nichts — nichts als das Recht, auf dem Wege der Gesetzgebung das Einkommen und das Vermögen seiner Bürger in dem Grade, in dem es ihm zweckmäßig und notwendig erscheint, in seine Macht zu bringen und zu seinen Zwecken zu verwenden. Die Kreditfähigkeit des Reiches beruht also allein auf seinem Recht, Steuern zu erheben und Eigentum zu enteignen.

Hier erkennt man ganz deutlich den Zusammenhang zwischen der Kreditfrage und dem Problem der Erfassung der Sachwerte. Der Volksparteiler Hugo hat am Dienstag die Steuerausschüsse förmlich beschworen, von der Erfassung der Sachwerte, das heißt von der Viertelsbeteiligung des Reiches an allem werbenden Vermögen, abzusehen, weil das die Kreditfähigkeit der Industrie erschüttere und ihre Kreditaktion gefährde. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, und darum wird man, wenn die Kreditaktion der Industrie zustande kommt, zwar nicht auf die Erfassung der Sachwerte verzichten, die Frage aber im Interesse des Erfolgs der Kreditaktion vorläufig vertagen müssen. Wie aber, wenn die Industrie ihre Kreditaktion nach wie vor an unannehmbare Bedingungen knüpft und sie damit zum Scheitern bringt? Dann gilt gerade das Umgekehrte von dem, was Herr Hugo gesagt hat, dann wird für diesen Augenblick nicht die Kreditfähigkeit der Industrie, sondern jene des Reiches zur entscheidenden Frage, und dann muß sich das Reich schleunigst Pfänder verschaffen, um sich kreditfähig zu machen, d. h. dann muß die Erfassung der Sachwerte schleunigst in Angriff genommen werden.

Kredithilfe der Industrie ohne Bedingungen oder Erfassung der Sachwerte, das ist die Frage, die bis Weihnachten entschieden werden muß. So ist das Problem jetzt unerbittlich gestellt. Scheitert die Kreditaktion der Industrie, dann kommt alles darauf an, ob die Regierung energisch genug sein wird, den dann allein noch offenbleibenden Weg zu beschreiten, und ob ihr der Reichstag auf ihm folgen wird. Wäre das nicht der Fall, dann wäre die schwerste innere und äußere Krise gewiß. Sie würde über das Deutsche Volk ein Maß von Unheil bringen, das man vorausahnen, aber gar nicht abschätzen kann.

Verhaftungen in Baden. In Baden sind auf Veranlassung der dortigen Landespolizeibehörden mehrere Persönlichkeiten verhaftet worden, die im Verdacht stehen, einen Umsturz organisiert zu haben. Die Polizei ist im Besitz einwandfreien Materials, aus dem hervorgeht, daß sich die Fäden der Geheimorganisation über das ganze Reich erstreckten. Da die Untersuchung fortgesetzt wird, können nähere Mitteilungen vorläufig nicht gemacht werden. Es ist jedoch zu erwarten, daß bereits in allernächster Zeit der Oeffentlichkeit über die Feststellungen Mitteilung gemacht wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0001

Kommunistische Organisationszerstörung.

Eine provisorische Körperschaft, welche am Dienstag im Auftrage des kommunistischen Zentralvorstandes aus Vertretern der zum Reichsjustizminister gesandten Delegationen gebildet wurde, hatte die Betriebsräte Groß-Berlins für Mittwochnachmittag zu einer Versammlung in den Sophiensälen aufgefordert. Schon bevor diese Versammlung eröffnet wurde, war der Saal von Kommunisten, die mit einem Betriebsrat nichts zu tun haben, überfüllt, wie überhaupt die Mehrzahl der Anwesenden nicht im Besitze eines Betriebsratsmandates war. Am Vorstandstisch saß der gesamte kommunistische Zentralvorstand; auch verschiedene Größen der Unabhängigen waren anwesend. Nach Eröffnung verlangte ein Beauftragter der SPD.-Betriebsräte Groß-Berlins das Wort zur Verlesung der nachstehenden Erklärung, die er jedoch nur bis zum 2. Absatz bekannt geben konnte, da er von Kommunisten unringt und mit den übelsten Schimpfworten betitelt wurde.

Die Erklärung lautete:

„Die Einberufung einer Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins ist Sache der von der Berliner Arbeiterschaft gewählten Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Die SPD.-Betriebsräte Berlins lehnen es daher ab, an einer Konferenz teilzunehmen, die von der Kommunistischen Partei einberufen wurde.

Eine Partei, die die Verfolgung, Einkerkerung und Erschießung von Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten in Rußland gutheißt, hat kein Recht, gegen viel menschlichere deutsche Justizmaßnahmen zu protestieren.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins fühlen tiefstes Mitleid mit den Opfern kommunistischer Ausschreitungen. Wie bisher, so werden sie auch in Zukunft bei ihren parlamentarischen Vertretern und ihren Genossen in der Regierung dafür eintreten, daß den Bedauernswerten Gerechtigkeit widerfährt.

Die SPD.-Betriebsräte Groß-Berlins richten die dringende Aufforderung an die Berliner Arbeiterschaft, ihr menschliches Mitgefühl mit den politischen Gefangenen nicht mißbrauchen zu lassen von kommunistischen Demagogen, die ohne Skrupel morgen wieder Tausende deutscher Arbeiter in den Tod oder die Kerker schicken würden, um mit ihren Leichen und ihrem Elend niedrigste Parteiagitation zu treiben."

Nachdem der Vertreter der SPD.-Betriebsräte unterbrochen worden war, forderte er die Kollegen auf, den Saal zu verlassen. Die SPD.-Vertrauensleute verließen hierauf demonstrativ unter dem Gejohle der Kommunisten die Versammlung. Immerhin aber hat ihr Verhalten gewirkt, was der weitere Verlauf der Versammlung und insbesondere die auf kommunistischen Einfluß zurückzuführende, und zum Schluß der Versammlung angenommene Resolution zum Ausdruck zu bringen. U. a. heißt es in dieser Resolution:

„Die Konferenz fordert den ADGB. und die Afa auf, innerhalb 14 Tagen einen Allgem. deutschen Betriebsrätekongreß nach Berlin einzuberufen, der sich mit den folgenden Punkten befassen muß:

Erreichung einer Amnestie für die politischen Gefangenen.

Durchführung der Forderungen, die in den Aufrufen des ADGB. und der USP. enthalten sind.

Vor allem: Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Besitzenden (Sachwerterfassung usw.)

Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung der Lebensmittel und Verteilung durch die Organisationen.

Organisierung der Lebensmittelproduktion durch Organe der Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Vorsitzenden und Obleute der Groß-Berliner Betriebsräte werden beauftragt, für die Durchführung obiger Forderungen zu sorgen.

Die Kommission der Delegationen."

Sodann wurde noch folgender Nachsatz angenommen: Die heutige Versammlung wählt eine, aus allen Parteien bestehende Kommission mit der Aufgabe, die Durchführung der Entschließung zu überwachen, eventl. selbst einen Aufruf zur Durchführung zu erlassen.

Diese Resolution bedarf keiner sachlichen Würdigung, da sie von einer Versammlung gefaßt wurde, in der nicht die Berliner Betriebsräte, sondern kommunistische Agitatoren usw. vertreten waren. Aus diesem Grunde wird dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa auch nichts anderes übrig bleiben, als das kommunistische Ansinnen ohne weiteres abzulehnen und dem Papierkorb zu übergeben.

Wie steht es in Lichtenburg?

Die Hungerstreikenden in Lichtenburg beginnen ohne Zweifel einzusehen, daß es nützlicher ist, zur Änderung ihres Loses sich auf die zähe, unermüdliche Kleinarbeit der Sozialdemokratie zu verlassen, als die von dem Kommunisten gewöhnlich angewandte Demonstrationstaktik mit ihren schädlichen Folgen für die Betreffenden weiter durchzuführen. Und die Gefangenen können versichert sein, daß ihre Sache bei uns in guten Händen ist. Wissen wir doch ganz genau, auf welche Art viele Urteile zustande gekommen sind; wissen wir doch ganz genau, daß gerade die wirklich Schuldigen an dem ganzen Elend meistens frei ausgegangen sind. Wir werden uns deshalb mit aller Macht, bei jedem nur geeignet erscheinenden Zeitpunkte, für eine vorurteilslose Prüfung der einzelnen Fälle einsetzen.

Man darf aber nicht mehr von uns verlangen, als uns möglich ist durchzusetzen. Auch die Kommunisten wissen, daß eine allgemeine Amnestie nur durch Reichsgesetz erlassen werden kann. Auch die Kommunisten wissen, daß gerade die bürgerlichen Parteien erst im Sommer einen Antrag auf Erlaß einer solchen abgelehnt haben und durch das Auftreten der K. P. D. in den Parlamenten und im Lande sind die Aussichten dafür nicht besser geworden. Allzu durchsichtig ist es also, wenn man damit hausieren geht, der Reichsjustizminister, Gen. Radbruch, sträube sich gegen eine allgemeine Amnestie. Wie man Radbruch bei den Rechtsparteien einschätzt, geht aus einem Artikel der Kreuzzeitung hervor, in der ein Prof. Dr. V. Feler folgendes Urteil über Radbruch fällt. Er schreibt:

„Ich würde Radbruchs Flugschrift und seine Erwiderung für durch und durch verlogen erklären, wenn ich nicht wüßte, daß Radbruch ein bis zum Irrsinn fanatischer Bolschewist ist. Denn das ist er: Bolschewist. Das mögen sich die Mehrheitssozialisten und das Zentrum gesagt sein lassen."

Wir können also mit lächelnder Miene über das Verrätergeschrei eines Schnetter zur Tagesordnung übergehen. Wenn wir uns mit Energie auch gegen einen Demonstrationsstreik wenden, so geschieht das nicht, weil wir den Gefangenen nicht helfen wollen, sondern vor allen Dingen, um eine tausendfach größere Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung, wie sie dieser von den Kommunisten propagierte Streik herbeiführen würde, zu verhindern. Wir werden auch weiterhin unsern Weg unerschüttert verfolgen.

Inzwischen appellieren die Kommunisten weiterhin nur an das Gefühl der Arbeiter. Sie schildern zu diesem Zwecke den Zustand der noch im Hungerstreik Befindlichen ausführlich in den dunkelsten Farben. Sie veröffentlichen Abschriften, die von Gefangenen herrühren sollen. Sie füllen täglich 2 Seiten mit Nachrichten über die kleinsten Dinge. Unter diesen Umständen ist es doch angebracht, einmal die Gutachten zu veröffentlichen, welche die Kommunisten selbst mit unterschrieben haben. Wir führen zunächst dasjenige des Untersuchungsausschusses an, den der Reichstag durch Beschluß vom 19. Nov. eingesetzt hat und der die Zustände in der Strafanstalt Lichtenburg selbst geprüft hat. Das Gutachten lautet:

Von keinem der Gefangenen sind Klagen über die Anstaltsverwaltung oder schlechte Behandlung durch das Anstaltspersonal oder über die Verpflegung und Unterbringung geäußert worden. Die danach Befragten erklärten, daß der Hungerstreik sich nur gegen das gefällte Urteil richte, denn sie die Erklärung „Freiheit oder Tod" entgegensetzen und gegen die Not, die ihre Familien leiden.

Wenn auch manche von den Nahrungsverweigern blaß und geschwächt aussahen und einige Störungen der Magen- und Darmfunktionen sowie der Herztätigkeit aufwiesen, so bestand doch nach der Ansicht des ärztlichen Mitgliedes des Untersuchungsausschusses eine ernstliche Lebensgefahr für keinen.

Der abends vorher erfolgte Abtransport der noch Torgau verlegten 31 Gefangenen sowie die Dislozierung der übrigen in das Lazarett und in Aufenthaltsräume für zwei oder drei Gefangene in Lichtenburg hat sich nach Angabe der Anstaltsbeamten ohne jede Gewaltanwendung und mit größter Schonung vollzogen. Entgegenstehende Angaben der Gefangenen wurden nicht vorgebracht.

Am Tage des Besuches hatte bereits ein erheblicher Teil den Hungerstreik aufgegeben.

Brodauf (Dem.), Bruhn (Dnat.), Dr. Grotjahn (Soz.), Dr. Herzfeld (Komm.), Merck (Bayr.Vp.), v. Rehbinder (Z.), Rippler (D. Vp.), Dr. Rosenfeld (Unabh.).

Aber nicht nur durch dieses offizielle Gutachten werden die Darstellungen der kommunistischen Blätter, nach denen die Streikenden mit dem Hungertode ringen sollten, Lügen gestraft. In der „Freiheit" veröffentlichten am Dienstag der Kommunist Herzfeld und der Unabhängige Rosenfeld zur Feststellung des wirklichen Tatbestandes einen Bericht, in dem es heißt:

In Lebensgefahr war anscheinend niemand von den Gefangenen. Das ärztliche Mitglied des Untersuchungsausschusses Abg. Grotjahn (SPD.) hat dies festgestellt. Die Streikenden waren zum Teil allerdings stark geschwächt. Aber jeder, den wir sprachen, war in der Lage, zusammenhängend und ohne Schwierigkeit seine Situation zu schildern und seine Sache zu vertreten. Schmucklos und einfach war ihre Rede. Um so ergreifender wirkte, wie uns schien, selbst auf das am weitesten rechtsstehende Mitglied des Untersuchungsausschusses, das traurige Los der Gefangenen.

So stehen also tatsächlich die Sachen. Wie die Verhältnisse heute noch liegen, geht der Weg zur Freiheit für die Gefangenen in Lichtenburg nur über den Weg der Gnadengesuche, die natürlich von Fall zu Fall auf ihre Berechtigung geprüft werden müssen. Die Zahlen der vielen 100 Begnadigten zeigen jedenfalls, daß der Reichspräsident viel mehr kommunistisch Verhetzten zur Freiheit verholfen hat als die Radauparlamentarier der vereinigten Kommunisten. Schließlich bleibt ja auch unvergessen, daß Paul Levi die März-Aktion als das Verbrechen von Wirrköpfen und Größenwahnsinnigen bezeichnet hat, die in eine Kaltwasser-Heilanstalt gehörten. Diese Leute sind die zunächst Schuldigen an der Tragödie von Lichtenburg.

Noch vier Hungerstreikende in Lichtenburg.

Der Hungerstreik in Lichtenburg und Torgau kann als beendet betrachtet werden. Am Dienstag streikten in Lichtenburg nur noch 4 Gefangene; auch in Torgau verweigerten nur noch 6 Gefangene die Einnahme von Nahrungsmitteln. Am Mittwochvormittag war eine Delegation der hallischen Arbeiterschaft beim Reichsjustizminister und forderte unter Androhung des sofortigen Generalstreikes eine allgemeine Amnestie. Radbruch erklärte auch diesen Radikalen, daß er, wie bereits mitgeteilt, bereit ist, innerhalb 10 Tagen die Urteile nachzuprüfen, keineswegs aber in der Lage ist, für eine allgemeine Amnestie einzutreten. Am Donnerstag wird der Justizminister über die Richtlinien einer neuen Begnadigungsaktion der Oeffentlichkeit Mitteilung machen.

Deutsches Eisenbahnmaterial nach Serbien.

Die Grazer Tagespost meldet aus Belgrad: Der Staatsausschuß hat das Angebot der deutschen Regierung auf Rechnung der Kriegsentschädigung an Serbien Eisenbahnmaterial zu liefern, zur Kenntnis genommen: Deutschland verpflichtet sich auf Reparationskonto 100 Schnellzugs-, 200 Personenzugs-, 100 Güterzugs- und 50 schmalspurige Lokomotiven sowie 4000 Güterwagen und 2000 Personenwagen zu liefern und zwar ein Drittel bis März 1922, das übrige in den Monaten Mai und Juni

Trotz der rückläufigen Bewegung des Marktkurses ist den gestrigen ausländischen Börsen seitens der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel in Berlin unter den gestrigen amtlichen Kursen ein. Es wurden folgende amtlich Kurse notiert: Kabel New York 278 ¾, London 1112, Holland 8850.

Die Marketenderin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege

von Erckmann-Chatrian.

(12. Fortsetzung.)

Der Onkel löste den Umschlag des Journals und fing an mit ernster Stimme die Neuigkeiten jener nun so entfernten Zeit vorzulesen. Obwohl ich damals noch sehr jung war, so blieb mir's im Gedächtnis. Die Nachrichten glichen Mausers Vorbereitungen und erweckten mein ganzes Interesse. Das alte „Zeitblatt" behandelte die Republikaner wie eine Art Narren mit ihrem frechen Unterfangen, die ewigen Gesetze der Natur abändern zu wollen. Es erinnerte seine Leser im Eingang an die schreckliche Art und Weise, wie Jupiter die Titanen stürzte, die sich gegen seinen Thron erhoben und sie er unter Bergen zermalmte, so daß seither die Unglücklichen in ihren Grabstätten, dem Aetna und dem Vesuv, Feuer und Asche speien. Dann sprach es von den dem Kultus unserer Väter geraubten Glocken, die in Kanonen umgegossen wurden. Einer Entweihung der schlimmsten Art, denn was bestimmt sei, der Seele Leben zu geben, werde nun dazu bestimmt, den Körper zu töten.

Es sagte auch, daß die Assignaten ganz wertlos seien, denn sobald die Edelleute wieder im Besitz ihrer Schlösser und die Priester wieder in dem ihrer Klöster sein werden, seien diese Papiere ohne Hypothek zu nichts gut, als das Feuer in der Küche damit anzuzünden. Es warnte die Leute freundlich, sie um keinen Preis anzunehmen. Dann kam die Liste der Hinrichtungen, die unglücklicherweise lang genug war; das „Zeitblatt" rief bei dieser Gelegenheit diese Republikaner stolzen noch das Sprichwort um: „Kein Wolf frißt den anderen." Endlich machte es sich lustig über die neue republikanische Aera und Zeitrechnung. Es meinte, diese Narren beabsichtigen, den Lauf der Gestirne und die Jahreszeiten abzuändern, den Winter in den Sommer und das Frühjahr in den Herbst zu verlegen, so daß man am Ende nicht mehr pflüge, wenn Saat- und Erntezeit sei, daß darin kein Menschenverstand stecke und daß alle Bauern in Frankreich darüber entrüstet seien. So drückte sich das „Zeitblatt" aus.

Koffel und Mauser warfen sich während der Vorlesung von Zeit zu Zeit nachdenkliche Blicke zu; auch Frau Therese und Vater Schmitt waren in Gedanken, niemand sprach ein Wort. Der Onkel aber fuhr fort zu lesen, hielt bloß an jedem neuen Paragraphen kurz an und die Uhr ging ihren gemessenen Takt.

Gegen das Ende wurde noch der Krieg in der Vendee berührt, denn die Einnahme von Lyon, die Besetzung von Toulon durch die Engländer und Spanier, zuletzt Wurmsers Einfall in das Elsaß und die Schlacht von Kaiserslautern, wo die famosen Republikaner wie die Hasen die Flucht ergriffen hätten. Das „Zeitblatt" kündigte das Ende der Republik auf nächstes Frühjahr an und schloß mit den Worten des Propheten Jeremias, die er dem französischen Volke zu bedenken gab: „Das ist Deiner Bosheit Schuld, daß Du so gestäupet wirst, und Deines Ungehorsams, daß Du so gestraft wirst. Also mußt Du inne werden, und erfahren, was für Jammer und Herzeleid bringet, den Herrn, Deinen Gott, verlassen und ihn nicht fürchten, spricht der Herr, Herr Zebaoth."

Hierauf legte der Onkel das Journal zusammen und sprach: „Was muß man von all dem denken? Jeder Tag kündigt uns an, es gehe mit der Republik zu Ende, vor sechs Monaten war sie von allen Seiten erobert, drei Vierteile ihrer Provinzen hatten sich gegen sie erhoben, die Vendee hatte große Siege erfochten, wir Deutsche auch, und doch hat sie uns auf allen Seiten zurückgetrieben und hält ganz Europa stand, was nur eine große Monarchie tun könnte; wir sind nicht im Herzen ihrer Provinzen, wir sind nur an ihrer Grenze; aber auch gegen uns rückt sie vor, und doch sagt man uns, sie sei ihrem Untergange nahe. Wenn es nicht der weise Doktor Zacharias wäre, der diese Dinge schreibt, so würde ich große Zweifel in ihre Glaubwürdigkeit setzen."

„Ach, Herr Jakob," erwiderte Frau Therese, „dieser Doktor da sieht eben wohl die Dinge, wie er sie wünscht. Dies geschieht oft und bestimmt der Aufrichtigkeit der Leute nichts; sie wollen nicht betrügen, aber sie betrügen sich selbst."

„Was mich anbelangt," sagte Vater Schmitt und stand auf, „ich weiß, daß die republikanischen Soldaten sich gut schlagen, und wenn die Franzosen drei- oder viermalhunderttausend Leute haben, wie ich sie gesehen habe, so habe ich mehr Sorge um uns als um sie. Das sind meine Gedanken. Was Jupiter betrifft, der diese Leute unter den Besuv sperrt, um sie Feuer speien zu lassen, so ist dies eine neue Art von Batterie, die ich nicht kenne, aber sehen möchte ich es einmal."

„Und mir," meinte der Mauser, „kommt es vor, als ob dieser Doktor Zacharias nicht wisse, was er spricht; wenn ich an seiner Stelle das Journal schriebe, so würde ich es anders machen."

Er bückte sich am Herd nach einer Glut, denn er spürte ein großes Bedürfnis zu rauchen. Der alte Schmitt folgte seinem Beispiel, und da mittlerweile die Nacht gekommen war, so gingen sie miteinander fort; Koffel zuletzt mit einem Händedruck für den Onkel und mit einem Gruß für Frau Therese.

Zwölftes Kapitel.

Des anderen Tages beschäftigte sich Frau Therese schon mit Haushaltungssorgen; sie untersuchte die Weißzeugschränke und legte alles auseinander, die Tischtücher, die Handtücher, die Hemden und selbst die ganz vergilbten, noch von der Großmutter Lene aufgehäufte Leinwand. Was sich noch flicken ließ, legte sie zur Seite; Lisbeth richtete einstweilen den großen Zuber mit Asche in der Waschküche her. Man mußte zu der großen Wäsche bis gegen Mitternacht Wasser sieden. Und die folgenden Tage ging es erst los, als es sich ums Bläuen, Trocknen, Bügeln und Ausbessern von all dem Zeug handelte.

Frau Therese hate in den Arbeiten der Nadel ihresgleichen nicht. Diese Frau, von der man geglaubt hatte, sie könne nur Schnaps einschenken und sich auf ihrem Mägelchen hinter einem Haufen Sanskulotten herschleppen lassen, verstand mehr von Haushaltungssachen als irgendeine der Anitadter Gevatterinnen. Sie brachte selbst die Kunst Girlanden zu sticken, und das Zeichnen mit roten Buchstaben auf Leinwand zu uns, Dinge, die bis jetzt im Gebirge ganz unbekannt gewesen, ein Beweis, wie große Revolutionen Licht verbreiten. Ueberdies half Frau Therese der Lisbeth in der Küche, und zwar ohne sich zu genieren, denn sie wußte wohl, daß alte Dienstboten es nicht leiden können, wenn man sich in ihre Geschäfte mischt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0002

Preußischer Landtag.

Der Aeltestenrat des Landtages beschloß am Mittwoch vormittag, die Beratung der Geschäftsordnung im Plenum abschnittsweise zu erledigen und zwar mit einer viertelstündigen Redezeit. Ausgeschlossen von dieser Begrenzung ist die Debatte über den Paragraphen 59, der die bekannten Ordnungsvorschläge enthält. Der Landtag schloß sich dem Aeltestenrat an. Unabhängige und Kommunisten widersprachen. Die Debatte ging ziemlich rasch vorwärts, da in der Regel nur Kommunisten, manchmal auch Unabhängige sprachen. Wesentliche Aenderungen enthalten die beratenen Abschnitte nicht; in einzelnen Fällen sind Verbesserungen vorgesehen.

Um jede Möglichkeit einer ungerechten Behandlung einzelner Abgeordneten auszuschließen, beantragten die vier Koalitionsparteien eine Aenderung des Paragraphen 59a, wonach den Abgeordneten nicht nur gegen die Längere, sondern auch gegen die eintägige Ausschließung von der Sitzung die Berufung an den Aeltestenrat zusteht.

Zur Besprechung des § 59 nahm Genosse Grzesinski das Wort und wies nach, daß dieser Paragraph sich gar nicht gegen eine Partei oder gar eine Opposition richtet, sondern lediglich gegen einzelne Leute, die böswillig die Arbeit des Hauses stören. Er soll lediglich dem Präsidenten die ordnungsmäßige Führung der Geschäfte ermöglichen. Anlaß zu dem § 59 gaben im Frühjahr Skandalszenen, die sich ein anständiges Parlament nicht gefallen lassen kann. Die Kommunisten unterbrachen lärmend den Redner. Franken-Solingen begann mit Pfeifen, dem sich Noß Wolffstein und andere Kommunisten später anschlossen.

Für die U. S. P. sprach zum § 59 der Abgeordnete Lichtenstein. Er hielt die erste eigentliche Obstruktionsrede und mühte sich ab, die Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der Paragraphen zu beweisen. Dann folgte der Rüpel Katz (Kommunist), der den Sozialdemokraten attestierte, daß sie mit ihrer Zustimmung zu dem Paragraphen endgültig einen Strich unter ihre proletarische Vergangenheit gezogen haben! Gekauft von der Reaktion, habe die S. P. D. die Revolution verraten. In dieser Tonart faselte der kommunistische Held weiter, ohne überhaupt irgendwelchen Eindruck mit seinen Phrasen zu erwecken. Ein Abrücken von dem „rohen Ton" lehnt er ab, weil die Arbeiter diesen Schimpfton verlangten! (Das sind sicherlich nur Arbeiter von dem Charakter des Herrn Katz.)

Vor der namentlichen Abstimmung über eine Anzahl Paragraphen berichtet der Unabhängige Bock über die Untersuchungen des Ausschusses im Wittenberger Gefängnis. Sein Bericht war eine Ohrfeige für die Kommunisten. Bock berichtet: Von über neunzig Hungerstreikenden waren am Montag noch zehn, Dienstag abend noch vier im Hungerstreik. Die letzten vier wurden ohne Anwendung von Gewalt mit ihrem Einverständnis nach Magdeburg abtransportiert. Die Gefangenen hatten keine Klagen gegen die Gefängnisverwaltung. Frühere Klagen über Schupobeamte sind in den letzten sechs bis acht Wochen verstummt. Früher sind Mißhandlungen durch Schupobeamte vorgekommen, sodaß die Schreie in anderen Zellen gehört wurden. Die in Frage kommenden Schupobeamten wurden aus der Anstalt entfernt und aus der Schutzpolizei entlassen. In der Anstalt, die im März 720 Gefangene hatte und jetzt 243 Inhaftierte zählt, sind vom Direktor seitdem drei Strafen verhängt worden: zwei wegen Fluchtversuchs und eine wegen Singens. Der Ausschuß war erstaunt, daß es noch Dunkelarrest geben kann, und wünscht einstimmig dessen Beseitigung. Ueber die Beschäftigung wurden keine Klagen geführt. Der Wochenlohn beträgt 1,20 bis 1,50 Mark pro Tag. Ein Zwang, ein bestimmtes Pensum zu liefern, besteht nicht. An Kleidung und Wäsche hat jeder Gefangene drei Garnituren. Der Arzt kommt täglich in die Anstalt. Alle, auch die bürgerlichen Zeitungen, sind seit zwei Tagen gesperrt, um die Aufregung nicht zu steigern. Sie sollen aber in Kürze wieder freigegeben werden.

Die Gefangenen machten auf den Ausschuß den denkbar besten Eindruck. Der Direktor sagte, daß es alles ordentliche, fleißige Leute seien und er jedes Gesuch um Strafaussetzung befürworten werde. Bisher seien aber solche, von ihm befürwortete Gesuche nicht genehmigt worden. Auf Gesuche, die vor Monaten eingereicht wurden, sei noch keine Antwort erfolgt. Die Gefangenen seien darüber erregt, da sie Kenntnis davon bekommen hätten, daß bei Strafe bis zu einem Jahre Strafaussetzung erfolgen solle. Ueber das Essen wird nicht geklagt; die Leute sind nur unzufrieden, weil sie sagen, sie sitzen und haben nicht mehr getan als andere, die frei sind.

Der Ausschuß war einstimmig der Ansicht, daß Nachprüfung der Urteile erfolgen muß und eine beschleunigte Begnadigung in den meisten Fällen erfolgen kann.

Die Besprechung des Berichtes wurde vom Hause abgelehnt. Der Bericht selbst ist eine glänzende Rechtfertigung des Verhaltens unserer Partei. Wir wandten uns gestern gegen ein unnützes Reden über Wittenberg und verlangten die Untersuchung, die jedenfalls viel richtiger war.

(Fortsetzung und Schluß des Verhandlungsberichts in der Freitagnummer der Vogtlsstimme, da die Sitzung erst morgens 2½6 Uhr mit Annahme der Geschäftsordnung endete

*

Die Geschäftsordnungsänderung im Landtag.

Die Aenderungen in der Geschäftsordnung des preußischen Landtags gehen voraussichtlich dahin, daß der Präsident zukünftig das Recht haben wird, einen Abgeordneten wegen ungebührlichen Benehmens von der Sitzung auszuschließen. Dieser Ausschluß bezieht sich auf einen Tag. Folgt der Abgeordnete den Anordnungen des Präsidenten nicht, so wird die Sitzung unterbrochen und der Ausschluß von den Tagungen ohne weiteres auf 5 Tage ausgedehnt. In ganz schweren Fällen kann der Aeltestenrat Ausschluß mit ¾ Mehrheit den Ausschluß auf 15 Tage verlängern. Dem betreffenden Abgeordneten steht ein Tag nach der angeordneten Ausschließung das Recht der Beschwerde zu. Selbstverständlich bringt der Ausschluß auch den Verlust der Diäten mit sich.

Ein Sieg ohne Waffen.

Zwischen Faszisten — den italienischen Stahlhelmbündlern und Nationalisten — und den Sozialisten gibt es schon seit Monaten in den italienischen Ortschaften Streit, der oft blutige Opfer kostet. Die italienische Regierung machte nie energisch Front gegen das Treiben dieser Leute, denen Recht und Gesetz ähnliche Begriffe sind wie den deutschen Kapritzen.

Diese Faszisten beriefen einen Kongreß nach Rom und kamen in riesiger Zahl in der italienischen Hauptstadt zusammen. Je größer die Zahl, um so größer das Selbstbewußtsein dieser Leute. In aufreizender Art trugen sie Bajonette und Messer auf ihren Fahnenstangen, prügelten Passanten, beschmutzten und beschädigten die Lokale, in denen sie kneipten.

Die Bevölkerung Roms ertrug alle diese Lümmeleien mit stoischer Duldsamkeit. Erst der von der Regierung erlaubte Umzug der 30 000 Faszisten noch die Arbeiter munter. Als ein Zug mit weiteren 500 Faszisten in Rom anlangte, pfiffen die Arbeiter der Bahnhofswerkstätten die Insassen aus. Die Antwort waren einige 50 Revolverschüsse aus dem Zuge. Darauf erklärten die Arbeiter: „Faszistenzüge werden nicht mehr durchgelassen." Beim nächsten Zuge, der ankam, verhandelten Polizeibeamte mit den Arbeitern, die den Zug unter der Bedingung passieren ließen, daß die Faszisten entwaffnet würden. Kaum aber fuhr der Zug — nach der „Durchsuchung" durch die Polizei weiter, da feuerten die feigen Wichte aus den Fenstern und töteten gerade jenen Lokomotivführer, der die Arbeiter zum Nachdenken bewog.

Sofort nach diesem Verbrechen stellten die Eisenbahner die Arbeit ein und telegraphierten an alle Linien die Einstellung des Verkehrs mit der Hauptstadt. Der Generalstreik wurde sofort und streng durchgeführt. Die Trams kehrten in die Depots zurück, die Druckereien der Tagesblätter wurden verlassen, die Bäder stellten die Arbeit ein, die Droschken, Straßenbahner ebenfalls.

Nur die Krankenwärter arbeiteten weiter. Auch die Gas- und Elektrizitätsarbeiter blieben auf dem Posten, um nicht die Stadt in der Dunkelheit dem faszistischen Verbrechertum auszuliefern.

So spaltete sich Rom vier Tage lang in zwei Lager; auf der einen Seite die Streikenden, mit denen die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung sympathisierte, auf der andern die Faszisten, die sich auf die Polizei und die Behörden stützten. Eine waffenlose Ueberzahl gegen zwei bewaffnete, der Straßenheld sichere Minderheiten. Das Ergebnis des viertägigen Kampfes sind 7 Tote, 14 Sterbende, über 100 Verwundete. Nur zwei der Toten sind Faszisten.

Wo immer es zu Straßenkämpfen kam, wurden die Arbeiter durchsucht, während man den Faszisten ihre Waffen ließ. Wer nicht vor dem Pik den Hut zog, wurde verprügelt: auch ein Offizier, der im Kriege beide Arme verloren und deshalb nicht grüßen konnte, mußte diese Verstümmelung mit Mißhandlung büßen. Einen andern Kriegskrüppel, der sich weigerte, vor den faszistischen Abzeichen den Hut zu ziehen, wurde der Stumpf seines verlorenen Beines verletzt und das künstliche Bein beschädigt. Ein Kriegsblinder wurde von bartlosen Strolchen durchsucht, blutjungen Bürschchen, die den Krieg nur vom Hörensagen kennen.

Zweck des Generalstreiks war es, die Abschiebung der Faszisten aus Rom zu erlangen. Die Eisenbahner waten bereit, die Züge zu führen, die den Abzug dieses Unrats aus der Hauptstadt bewerkstelligen sollten. Sie stellten aber an den Direktor der römischen Polizei die Frage, wer ihnen denn ihr Leben gewährleistete? Der Polizeidirektor sah die Berechtigung der Frage ein. Die Faszisten wurden in verschiedenen Lokalen zusammengesperrt und dann nachts mit Lastautomobilen zu einer abgelegenen Bahnstation geschafft, von wo sie in ihre Heimatsorte abgeschoben wurden. Die Abschiebung geschah durch Polizisten und Carabinieri mit gezogenem Revolver und aufgepflanztem Bajonett.

In Rom weiß man jetzt, was die Faszisten sind. Früher kannte man sie nur vom Hörensagen. Jetzt hat man den Faszismus erlebt und bedarf keiner Schaudrollungen mehr, um ihn als ein Produkt gemeinen Verbrechertums, verstärkt durch die Kriegs- und Nachkriegsverwahrlosung, zu erkennen. Aber auch ein Reinemachen in „höheren Sphären" wird dem tragikomischen Abzug folgen müssen. Es scheint undenkbar, daß das Ministerium diesen Skandal überlebt. Wenn eine Regierung praktisch abwesend ist, so daß sie es ohne besondere Vorsichtsmaßregeln zuläßt, daß sich 30 000 Faszisten, bis auf die Zähne bewaffnet, in Rom zusammenziehen, so muß auch der verfassungstreuste Biedermann auf den Gedanken verfallen, daß eine solche Regierung abkömmlich ist. —

Neuer Bürgerkrieg in Irland.

Belfast, 23. Nov. (WTB.) Gestern kam es wieder zu zahlreichen Schießereien. Sechs Personen wurden getötet, viele andere verwundet. Zwei weitere Personen wurden erstickt in ihrem Schlafzimmer aufgefunden, da eine Kugel die Gasleitung zerstört hatte.

London, 23. Nov. (WTB.) Laut Meldungen aus Belfast betrugen die Verluste bei dem gestrigen Zusammenstoß in Belfast 11 Tote und etwa 100 Verwundete. Am Nachmittag wurden bei neuen Schießereien eine Frau getötet, vier Personen verwundet und mehrere Straßenbahnen von Schüssen durchsiebt.

Dublin, 23. November. (WTB.) Im Gefängnis von Galloway unternahmen heute vierzig politische Gefangene einen Ausbruchsversuch, nachdem sie zuvor einen Brand angelegt hatten. Bei dem entstehenden Kampfe wurden fünf Gefangene und fünf Wärter verwundet.

Kammerwahlen in Belgien.

Am Sonntag hatten in Belgien Neuwahlen stattgefunden. Die Kammer wird sich endgültig wie folgt zusammensetzen: 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 33 Liberale, 4 Mitglieder der Frontpartei und ein Vertreter der Partei der Kriegsteilnehmer. — Es gewannen die Katholiken acht Sitze, die Sozialisten verloren vier Sitze. Der Besitzstand der Liberalen blieb unverändert. Die Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Frontpartei, die Mittelstandspartei und die Partei der nationalen Wiederbeburt verloren einen Sitz. Von den bei den Neuwahlen zu besetzenden 93 Sitzen im Senat erhielten die Katholiken 42, die Sozialisten 33 und die Liberalen 18.

Rollet in Erfurt.

Erfurt, 23. Nov. (WTB.) General Rollet weilte heute zur Besichtigung der Deutschen Werke. Er beanstandete die Anfertigung von Jagdgewehren, die für Frankreich gefährlich sei. Auf den Hinweis des Betriebsrates, daß die Erzeugung von Militärwaffen unbedingt verbindert würde, sagte Rollet in deutscher Sprache: Das sagen Sie, aber nicht Ihre Kinder!

Der Kampf um den Achtstundentag.

Die wachsende Strömung in Unternehmerkreisen gegen den Achtstundentag äußert sich u. a. in mancherlei Eingaben an den Reichstag. So petitionierten die Buchdruckereiunternehmer Leipzigs für Durchbrechung der achtstündigen Arbeitszeit. Eine besonders gehässige Eingabe leistet sich der Einzelhandelsbund Niedersachsen, der im Achtstundentag die Wurzel alles Uebels erblickt. Die jungen Leute würden auf die Straße getrieben und ihnen damit zum Faulenzen, Herumstreifen und zur Verschlechterung der Sitten der beste Vorschub geleistet. Die Eingabe enthält dann dieselben Argumente, die sahrzehntelang gegen die Sonntagsruhe und den früheren Ladenschluß im Kleinhandel vorgebracht worden sind. Die Kundschaft könne nicht kaufen, weil sie erst von der Arbeit komme, wenn die Läden geschlossen sind, und ähnliche Einwände mehr, die längst durch die Praxis widerlegt sind.

Nachdem so Industrielle und Handelskreise seit Monaten ihren Stoß gegen den Achtstundentag führten und ihren Kampf mit der Unrentabilität begründen, erscheint es angebracht, aus dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1920 folgende Mitteilungen über günstige Erfahrungen mit der achtstündigen Arbeitszeit weitesten Kreisen der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen:

Aus dem Regierungsbezirk Bautzen wird mitgeteilt, daß dort eine Leinenweberei nur 5 Tage zu je 8 Stunden am Tage arbeiten läßt, weil die Erzeugung an den Webstühlen ganz erheblich gestiegen ist und jetzt in 5 Tagen dasselbe erzielt wird, wie früher in sechs Tagen. In der Strickereiabteilung dieses Unternehmens wird jetzt nicht nur in 8 Stunden dasselbe geleistet, wie früher in zehn, die Arbeiten sind jetzt auch viel sauberer, weil bei der kürzeren Arbeitszeit Augen und Nerven nicht in dem Maße angestrengt werden wie früher bei einer zehnstündigen Arbeitszeit. — Ein Glashüttenbesitzer in demselben Bezirk hat bekundet, daß die Stückelohnarbeiter jetzt bei 8 Stunden dasselbe leisten wie in der längeren Arbeitszeit vor dem Kriege. — Eine Bautzener Waggonfabrik hat einwandfrei festgestellt, daß durch die Einführung des Achtstundentages zwar die Gesamtleistung etwas zurückgegangen, die stündliche Arbeitsleistung jedoch erheblich gestiegen und noch im Steigen begriffen ist.

Erwähnt sei noch die Auslassung eines Direktors einer großen Teigwarenfabrik im Meißener Bezirk, der betonte, die Einführung des Achtstundentages „sei keineswegs eine der Industrie schädliche Errungenschaft".

Notizen.

Riesenpulver im Landtag. Im preußischen Landtag erhob sich nachmittags ein allgemeines starkes Niesen. Wie uns berichtet wird, wurde es darauf zurückgeführt, daß im Hause Niespulver gestreut worden war.

In Braunschweig werden, laut Landtagsbeschluß, die Neuwahlen zur Landesversammlung am 22. Januar 1922 stattfinden.

Vor dem Berliner Schwurgericht begann gestern der Prozeß gegen den Polizeiunterwachtmeister Erxen und den Polizeihauptwachtmeister Meyer wegen Tötung des Oberwachtmeisters Buchholz. Es waren hundert Zeugen und viele Sachverständige geladen.

Verschlossene Türen in London. Es heißt, Stinnes versuche, mit den Ministern in Berührung zu kommen, seien bisher erfolglos gewesen. Man befürchtet hier, daß Stinnes einen etwaigen Erfolg gegen die Regierung Wirth ausbeutet.

Deutsch-belgischer Schiedsgerichtshof. Der auf Grund des Versailler Vertrages gebildete deutsch-belgische Schiedsgerichtshof hielt heute seine erste Sitzung ab.

Gewerkschaftliches.

13. Verbandstag der Dachdecker.

In den Tagen vom 13.—19. Nov. hielten in Thale a. H. der Zentralverband der Dachdecker seinen 13. Verbandstag ab. Anwesend waren 84 Delegierte, dazu Thomas und Diel, Frankfurt a. M., vom Hauptvorstand, sechs Gauleiter und Hahn, Berlin, vom Ausschuß. Die Verbände der Bauarbeiter, Asphaltleute, Zimmerer und Glaser hatten Vertreter entsandt. Außerdem nahmen an der Tagung teil Rube und Heinke, Berlin, vom A. D. G. B.

Den Geschäftsbericht erstattete Verbandsvorsitzender Thomas, Frankfurt a. M., den Kassenbericht Diel, Frankfurt a. M. Die Debatte darüber brachte einmütige Zustimmung zu der Tätigkeit des Vorstandes. Die Kritik drehte sich lediglich um die Frage der Zuschüsse bei Lokalbeamten, um die Wahlkreise zur Verbandstagswahl und die Beitragsfrage. Von allen Seiten wurde die vorausschauende Politik des Verbandsvorstandes gelobt. Von kommunistischer Seite wurde allerdings eine größere revolutionäre Taktik gefordert. Es sprachen 23 Redner, dann wurde gegen 4 Stimmen folgender Antrag angenommen: „Der Verbandstag erklärt sich mit der Tätigkeit des Zentralvorstandes einverstanden, spricht ihm sein weiteres Vertrauen aus und wünscht, daß er seine Arbeit in dem bisherigen für die Organisation fortschrittlichen Sinne weiterführt."

Der Bericht für die Redaktion gab ebenfalls Thomas. Die Aussprache darüber ergab vollste Zustimmung zu seiner Redaktionsführung, die auch von den kommunistischen Kollegen gebilligt wurde.

Zum Punkt Unterstützungseinrichtungen referierte Pipenbring, Köln. Von einer gänzlichen Beseitigung des Unterstützungswesens könne keine Rede sein: der Hinweis auf den Staat wäre verfehlt. Zunächst dürften die Gewerkschaften die Hand von den Mitgliedern nicht zurückziehen. Für die Beitragsfestsetzung bilde die geltende Beitragsskala, daß mit jeder Lohnerhöhung auch die Beiträge folgen, die äußerste Grundlage. Es wurde beschlossen, 85 Proz. eines Stundenlohnes als Beitrag zu zahlen und davon 75 Proz. mit der Hauptkasse zu verrechnen. An der Erwerbslosenunterstützung wurde nichts geändert. Die Umzugsunterstützung wurde vereinfacht.

Ueber den Reichstarif sprach Verbandsvorsitzender Thomas. In zweitägigen Verhandlungen wurde die Taktik des Vorstandes in lebhaftem Für und Wider besprochen und ein Programm für die künftige Tarifpolitik aufgestellt, in dem die Ferien, Regelung der Lehrlingsfrage und die Stellung zum § 4 des Tarifs eine besondere Rolle spielen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Baugewerksbund. Der Referent Gönnitz, Berlin, schilderte die vielfachen Bemühungen des Vorstandes der Dachdecker, um in dieser Frage voranzukommen. Es müsse alles getan werden, um die Errichtung des Bundes durchzusetzen; lediglich eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband sei abzulehnen. Nach einer längeren Aussprache wurde die sofortige Verschmelzung mit den Bauarbeitern mit 21 gegen 13 Stimmen abgelehnt und einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Verbandstag bedauert, daß der Baugewerksbund bis heute noch nicht zustande gekommen ist. Der Zentralvorstand wurde erneut beauftragt, mit aller Kraft für die Schaffung des Baugewerksbundes einzutreten.

Ueber die Sozialisierung des Baugewerbes gab Schmidt, Frankfurt a. M., einen Bericht. Nach gründlicher Beratung wurde beschlossen, 100 000 Mark aus zentralen Verbandsmitteln dem Verband sozialer Baubetriebe zur Verfügung zu stellen, ferner laufend 5 Prozent der zentralen Einnahmen.

Verschiedene statutarische Bestimmungen wurden geändert, die Einsetzung eines Beirats abgelehnt. Zu den vorhandenen vier wurden noch zwei weitere Gauleiter angestellt, die schon in Hilfsstellung tätig waren.

Die Wiederwahl des Zentralvorstandes erfolgte einstimmig: Ausschußvorsitzender wurde Lück, Berlin. Zum nächsten Gewerkschaftskongreß wurde der Zentralvorsitzende Thomas, Frankfurt a. M., delegiert. Zur Gehaltsfrage beschloß der Verbandstag eine neue Skala, die sich den Dachdeckerlohn als Grundlage nimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0003

Erst-Aufführung des gewaltigen Prunkfilms, eines der grössten Films der Gegenwart

LADY HAMILTON

U.T

Alte Promenade IIa. Fernruf 5738.

Liebe und Leben der Lady Hamilton, Lord Nelsons letzte Liebe.

Frei nach Heinrich Vollrath Schumacher und der Historie von Richard Oswald.

Ab morgen: Hauptrollen: **Liane Haid, Reinhold Schünzel. Conrad Veidt, Gertrud Welcker.**

7 Akte. Die Aufnahmen sind an den historischen Stätten in Italien hergestellt. Vorführung pünktlich 3.40 (Einlaß 3.00 Uhr) 6.00, 8.20. Ehren- und Freikarten ungültig. **7 Akte.**

In Anbetracht der riesigen Kosten, die das Werk erforderte, erhöhte Preise: 4.20. 5.20, 7.20, 9.00, 12.00, 15.00 Mk inkl. Steuer.

Erst-Aufführung des grossen Ausstattungsfilms (7 Akte)

U.T

Tanja (Die Frau an der Kette) mit Lya Mara.

Leipziger Straße 88. Fernruf 1224.

Nach Motiven des Romans: **Kreuzweg der Leidenschaft.**

Weitere Mitwirkende: **Erich Kaiser-Titz, Fitz Schulz, Hch. Peer.** Vorführung: 4.30 6.40 9.00.

Ab morgen: Dazu der **2. Chaplin-Film Chaplin, der Sträfling.** Groteske in 2 Akten. Vorf. 4.10 6.20 8.30 **Die neuesten Wochenberichte**

Walhalla

Lichtspiel-Theater

25. November bis 1. Dezember 1921

Des Riesen-Sensations-Filmes

IV. Teil:

In den Krallen der Hyänen.

6 äußerst spannende Akte.

Die Spannung und Aufregung der Handlung wächst von Teil zu Teil immer mehr.

Vorführung: 4.10, 6.40, 9.25 Uhr.

Dazu:

Banditen im Frack

Kriminal- und Abenteurer-Film in sechs Akten.

In den Hauptrollen:

Mia Pankau — Hermann Wlach

sowie der Weltmeisterschaftsringer

Fred Marcussen

Vorführung: 5.15, 8.00 Uhr.

Stadt-Theater

Sonnab., den 26. Nov. 21 Anf. 6, Ende 10¾ Uhr

Tristan u. Isolde

von Richard Wagner.

Sonntag nachm.

Das Postamt

hierauf:

Die stumme Schönheit

Sonntag abend

Schönheit u. Jugend

Thalia-Theater

Sonntag, den 27. Nov. 21 abends 7½ Uhr

Zwangseinquartierung

Schwank von Arnold und Bach

Barchent

Hemden und Strickwesten

wieder am Lager

Dauerwäsche-Vertrieb

Kl. Berlin 2

1 Treppe Eing. Sternstr.

Schnell-Glanz-Schuh-Creme

„Rekord"

zum ½ Pfund-Dose 3 Mk.

Ia. Wachs-Creme

solange Vorrat, zu verkaufen.

Weißenfels,

Nikolaistraße 31.

Haltbare

Damentaschen

in grosser Auswahl preiswert bei

Fr. Pietsch,

Lederw.-Spezialgesch., Schwetschkestraße 41, Nähe Sternweg.

C.T

Gr. Ulrichstr. 51. Telephon 4681.

Schon seit **Dienstag** gelangt

Der erfolgreichste Sittenfilm, welcher bisher erschienen ist! täglich 4.00, 5.45, 7.00 u. 8.45

zur Vorführung.

4 Teile

24 Akte

Die

Geheimnisse von Berlin -?

Ein Sittenbild aus unseren Tagen in 4 Abteilungen.

An der Darstellung beteiligt findet man als blonde Else **Evi Eva**, als Fürst Steineck **Josef Behberger** mit heiterer Note **Carl Geppert** als langer Ede, die sämtlich als vorzüglich zu bezeichnen sind. Weiter wirken mit: **Carl Auen, Max Günberg, Willy Kaiser Heyl, Gerhard Ritterband** u. a. m.

I. Teil: Berlin N.

Die dunkle Großstadt.

6 Akte

Der Leidensweg eines unglücklichen Findelkindes wird hier in lebenswahren, packenden Szenen geschildert.

Sensationelle Erlebnisse durch Schicksalsschläge schwer geprüfter Frauen!

Hierzu das glänzende Lustspiel:

Der Stolz der Familie mit Paul Heidemann. 3 Akte

Man bittet nach Möglichkeit die Nachmittags-Vorstellung zu besuchen!

Modernes Theater.

Heute Donnerstag:

Der Elite-Tag. Cabarett u. Ball.

Ein neues Sensations-Programm.

Thalia-Säle!!

Restaurant Spatenbräu

Gleisstrasse 42 a.

Heute Donnerstag Anstich vom Faß von **stark eingebrautem Märzen-Spaten**

Empfehle meine reichhaltige Abendkarte.

E. Osborg.

VOLKSPARK

Freitag, den 25. Novbr. 1921, abends 8 Uhr

I. Volkssinfonie-Konzert

des Stadttheater-Orchesters.

Leitung: Kapellmeister **Hans Stieber.**

Solist: Solo-Cellist **Franz Weise.**

Eintrittskarten zum Preise von Mk. 5.— einschl. Steuer und Programm sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters, im Volkspark, in der Volksbuchhandlung u. Buchhandlung der Volksstimme. Grosse Ulrichstrasse.

Dampf-Waschanstalt Halloria

Marienstraße 2

2 Minuten v. Bahnhof entfernt. Telephon 5692.

Spezialität: Herren-Bügel-Wäsche. Famil.-hell- u. Bettwäsche n. Gew. u. Stück

---

Auf vielseitigen Wunsch!

Dienstag, 29. Nov. ½8 Uhr i. Thaliasaal spricht Ferdinand Freiherr von Reitzenstein über die

Grundlagen des Liebeslebens

A. d. Inh.: Drüsen, innere Sekretion, chem. Erotisierung, Steinachs Verjüngung, Reize, Geschlechtsrieb, Tanz etc.

mit 80 zum Teil farbigen Lichtbildern.

Karten zu 7.50, 6.00, 4.50, 3.00 und 2.50 Mk. bei Manthey, Gr. Ulrichstr. 17.

Reclams Universal-Bibliothek

Preis 1.50 pro Nr.

empfiehlt die

Buchhandlung der Volksstimme

Große Ulrichstraße 27.

Obhausen.

Sozialdemokratischer Wahlverein

Sonnabend den 26. November 1921 im Gasthof zum Anker

Winterverlügen

PROGRAMM

1. Großer Festmarsch v. Gottfäder
2. Festrede des Genossen Parteisekretär Bauer M. riebing
3. Deutsche Lustspiel-Ouverture v. Kahlert-Beble
4. Prolog, Gesprochen v. Jugendgenossen Rumann jale
5. Reiter-Perlen Walzer v. Ditmann

Nachdem: **Ball**

Freunde und Gönner sind hierzu herzlichst eingeladen. Anfang Abends 7 Uhr. Der Vorstand.

Möbelbezugsstoffe

sonstige Polstermittel

Adolf Wünsch

Ludwig Wuchererstr. 1a.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

1.—5. Distrikt. Sonnabend, den 25. November, abends 8 Uhr, Distriktsversammlung im Distriktslokal. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Gen. Herzig.

Distriktsversammlung der Distrikte 9 u. 9a am Donnerstag, den 24. d. M., im Restaurant Schultheiß, Merseburgerstraße. Vortrag des Genossen Täumel. Anfang 8 Uhr.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 7 Uhr, im Zimmer des Gewerkschaftshauses, Zusammenkunft aller Gruppen. Es müssen die letzten Vorbereitungen für den Elternabend getroffen werden.

Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 24. November 1921.

Halle wird bunt.

Die holde Weiblichkeit machte den Anfang damit. Zwar die Strümpfe in weiß, schwarz, grau, braun oder lila stachen noch nicht mit besonderer Buntheit in's Auge, sie sollten die (meistens) wohlgefällige Form der Beine nicht überstrahlen, doch mit den Kleidern wurde es schon wesentlich anders. Welch eine Lebendigkeit der Abwechselung aller Farbennuancen. Und jetzt erst die Wintermäntel. Einfach überwältigend. Ueberwältigt sind auch die Herren der Schöpfung. Auch sie tragen braune, lila und grüne Strümpfe. Auch ihre Anzüge zeigen Neigung zu den Farben des Herbstes.

Wie kann da Halle eintönig grau bleiben.

Zwar unter den vielen schmutzig gefärbten und geflickten Zeltplanen der Marktfrauen ragt vorläufig nur manchmal ein einziger freundlicher, roter Pilz hervor. Doch kauft sich's unter ihm noch einmal so gut. Doch die Buntheit färbt auch auf die Häuser ab. Wem fällt nicht das leuchtende, bräunliche Gelb oder gelbliche Braun neben der neueröffneten Dresdener Bankfiliale in's Auge. Und, staune nicht lieber Hallenser, nächstens soll Dir auf dem Markt noch viel mehr ins Auge fallen. Alle die Häuser sollen nach und nach ein neues Kleid erhalten, in bläulich, in bräunlich, in rötlich, in allen möglichen Farben, wie die Strümpfe, wie die Kleider, wie die Mäntel.

Halle wird bunt.

Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Als Auftakt zu der heutigen Bezirkskonferenz fand gestern abend in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Hesse ein vorzügliches, von reichen Argumenten gestütztes Referat über „Die wirtschaftliche Lage und die Stellung der freien Gewerkschaften“ hielt. In der Versamlung hatten sich auch Anhänger der Freien Union der Hand- und Kopfarbeiter und deren Führer Hertel eingefunden. Sie mußten es aber erleben, daß der Verlauf des Abends eine erfrischende Abrechnung mit ihrer Zersplitterungstaktik und gewerkschaftlichen Unerfahrenheit brachte.

Gen. Hesse zeigte die ganze Unfruchtbarkeit des unionistischen Wirkens und die weniger geräuschvolle, aber umso sichere Arbeit des A. D. G. B. und der Afa, die in der Zeit dieser kapitalistischen Hochkonjunktur die einzigen Bollwerke der Arbeitnehmerschaft sind und an ihrem letzten Erfolg eben nur durch das radaulustige kommunistische Zellenbildnertum gehindert werden. So hat ja einst auch Hertel den Spaltpilz in die hiesige Ortsgruppe des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes getragen. Der „Erfolg“ blieb aus. Gegenteiliges trat ein. Man hatte den A. D. G. B. geschwächt, ohne sich selbst zur Bedeutung emporschwingen zu können und damit bewiesen, daß die Zersplitterung sich zum Schaden der Arbeiterschaft auswirkt. Man gab auf der unionistischen Seite im Stillen auch zu, falsche Wege beschritten zu haben, sei aber in dieser Zeit wirtschaftlicher Not, die die Konzentrierung der Arbeitnehmer auf ein einheitliches Programm verlange, zu feige, den „Kanossagang“ Weyers zu gehen. Die Ausführungen des Redners verdichteten sich zu der Mahnung: „Nicht Zersplitterung, sondern einheitliche Organisation!“ und fanden stürmischen Beifall.

Hertel war in der Sache zu sehr belastet und ad absurdum geführt. Deshalb schob er in der Diskussion das ganze Thema auf Nebengeleise, redete über Koalitionspolitik, konstruierte gegen die „Volksstimme“ die vollkommene Unwahrheit, daß sie die Lichtenburger Vorgänge ins Lächerliche gezogen habe, fand aber mit Ausnahme einiger radaulustiger Elemente in der Versammlung nur einmütige Mißbilligung.

Nachdem gar noch die Gauleiter Uhde und Wachtendorf und der Hauptvorsitzende des Verbandes Gen. Müntner (Berlin) in seiner geistreichen und launigen Art diesem Herrn und seinem Anhang aus zahlreichem Material den Spiegel vorgehalten hatte, wurde das Oppositionsgrüppchen ganz kleinlaut und verließ schließlich mürrisch den Saal.

In seinem Schlußworte bewies Gen. Hesse die Haltlosigkeit der Hertelschen Angriffe gegen Arbeitsgemeinschaften der Gemeinde- und Staatsarbeiter, da dieser Verband solche gar nicht eingegangen ist. Die „Kritik“ an der Durchbrechung des Achtstundentages, die der unionistische „Führer“ vom Stapel ließ, fiel auf ihn selbst zurück, da festgestellt ist, daß gerade die Kommunisten fortgesetzt nach Ueberstunden schieben.

In einem kernigen Schlußwort warnte der Ortsbeamte Gen. Flücht vor einem Spielen mit dem inhaltsschweren Worte „Generalstreik“. Wenn mit diesem Begriff soviel Schindluder getrieben wird, besteht die Gefahr, daß er in der Stunde wirklicher Not nicht mehr die alte machtvolle Parole ist.

In vorgerückter Stunde wurde die Versamlung geschlossen. Sie war ein voller Erfolg der Anhänger des A. D. G. B.

Die endgültige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer

für 1920 ist nahezu beendet, so daß die Erhebung durch die städtischen Steuererheber voraussichtlich im Monat Dezember 1921 stattfinden wird. Soweit es sich um Gehalts- oder Lohnempfänger handelt, deren Steuerbezüge bereits an die städt. Steuerkasse abgeliefert worden sind, erfolgt die Gutschrift der Beträge auf den einzelnen Karten ohne Zutun der Steuerpflichtigen. Gefordert werden in diesen Fällen nur die Restbeträge. Ist der abgelieferte Betrag höher als die Sollsumme, so zahlt der Erheber den Mehrbetrag gegen Quittung zurück. Sind Marken verwendet worden, so hat der Arbeitgeber die mit Marken für das Steuerjahr 1920 beklebten Seiten aus den Steuerkarten herauszutrennen und dem Steuerpflichtigen zu übergeben, der sie für den Erheber bereit zu legen hat. Auch hier ziehen die Beamten Restbeträge noch ein und gleichen Mehrbeträge durch bare Rückzahlung aus.

Zu beachten ist, daß Marken für das mit dem Monat März 1921 endigende Rechnungsjahr 1920 nicht mit Marken für den Monat April usw. 1921 auf einem Blatte vereinigt sein dürfen. Wo das unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen geschehen ist, müssen die Marken durch Ablösung von den Blättern getrennt und auf neue Blätter für 1920 aufgeklebt werden, damit die Steuermarken dem Steuerpflichtigen nicht verloren gehen.

Ueber die Höhe der vom Lohn oder Gehalt gekürzten und an die Steuerkasse bar abgelieferten Beträge bedarf es — soweit nicht Beamte, Handwerker oder Arbeiter der Eisenbahnverwaltung in Frage kommen — der vorgeschriebenen Bescheinigung der Arbeitgeber nicht. Die Beteiligten sind zur Nachprüfung der Beträge nach Empfang der Quittung in der Lage, weil die Quittungen alle nötigen Angaben enthalten werden. Die Ausgleichung der Reichseinkomensteuer für 1920 ist für den kommenden Monat Dezember in Aussicht genommen. Dem Verlangen nach vorzeitiger Rückzahlung der zuviel entrichteten Steuern kann wegen der sonst eintretenden Gefährdung der laufenden Arbeiten jetzt nicht mehr entsprochen werden. Die Bürgerschaft wird gebeten, solche Anträge nicht mehr zu stellen.

Orgeschgeist in der Fortbildungsschule.

In der Fortbildungsschule der Klosterschule unterrichtet ein Herr Denhardt Bäckerlehrlinge. Dieser Herr hat nun eine ganz sonderbare Unterrichtsmethode zueigen. Seine Auffassung über die Art seiner Erziehungsarbeit dokumentiert sich schon damit nach außen hin, als er sich bei den Lehrjungen als eifriger Werber und Anhänger des — Stahlhelmbundes bekannt macht. Als solcher verkörpert er den Geist der bei uns überall sich frech und aufdringlich zeigenden Reaktion. Von seinen „politischen“ Gesprächen, die er mit seinen Schülern führt, wollen wir hier ganz schweigen. Daß sie aber nicht über den vom „Stahlhelm“ umgrenzten Horizont hinausgehen, ist wohl verständlich. Aufmerksam aber müssen wir machen auf die unerhörte Beeinflussung der Schüler durch diesen „Lehrer“ bei der Behandlung der Reichsverfassung. Bekanntlich ist es von großer Bedeutung, daß die heranwachsende Generation in das Wesen und den Sinn der Verfassung unserer Republik eingeweiht wird. Die Reaktion sträubt sich bekanntlich mit Händen und Füßen gegen diese allmähliche Popularisierung der republikanischen Verfassung und des darin wurzelnden Gedankens. Da der Widerstand im großen ohne Erfolg bleiben müßte, versucht man es jetzt auf die niederträchtigste Weise im kleinen. Auch Herr Denhardt hat diese Aufgabe „erfaßt“ und zeigt sich derselben würdig.

Was sagt der Magistrat dazu, wenn dieser Herr die Reichsverfassung seinen Schülern „erklärt“, indem er darauf hinweist, daß sie das Machwerk von Juden sei; daß in der Regierung neun Zehntel Juden sitzen; daß der deutsche Einfluß ausgeschaltet wäre usw. All die schon tausendmal widerlegten Märchen monarchistischer Hetzapostel werden den armen Bäckerlehrlingen brühwarm wieder vorgesetzt. Die Volksbeauftragten hätten sich gegen den Willen des Volkes auf die „Sessel“ gesetzt usw. usw.

Er plappert aber auch andere „fürchterliche“ Dinge aus. So weiß er genau, daß Gen. Dölz die Schupo durch eine eigens dazu angelegte Telephonleitung abhorcht. Ist dieses Gewäsch vielleicht in der letzten Stahlhelmversammlung durchgelaut worden?

Der Magistrat hat alle Ursache, diesem Herrn etwas näher auf die Finger zu gucken.

Und da schreien die Reaktionäre immer wieder über die Politisierung der Schulen und Beamtenstuben!

Wem gehören die Schmucksachen?

Von der Kriminalpolizei Frankfurt a. M. sind nachfolgende Schmuckstücke, die augenscheinlich aus einer Straftat herrühren, beschlagnahmt worden:

1. Ein Kollier, fast neu, bestehend aus sehr guten Brillanten und einem Smaragd als Anhänger, alles in Platin gefaßt und Platinkette. Wert: ca. 100 000 Mark.
2. Eine viereckige Brosche, in der Mitte ein Smaragd, umgeben von Brillanten, in Gold gefaßt, Wert: ca. 40 000 Mark.
3. Ein goldenes Kettenarmband mit Rosette, bestehend aus einem Smaragd, mit Brillanten umgeben. Wert: ca. 10 000 Mk.
4. Ein goldener Damenring mit unechtem grünen Stein, umgeben mit Brillanten, alles in Gold gefaßt. Wert: ca. 3000 Mk.

Die unter 2—4 angeführten Stücke sind ältere Schmuckstücke.

Abbildungen der Schmuckstücke können bei der Kriminalpolizei in Halle, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38, besichtigt werden.

Kleiderdiebstahl. In der Nacht zum 22. d. Mts. sind Diebe in ein Herrenkleidergeschäft an der Alten Promenade eingedrungen und haben für über 16 000 Mark fertige getragene und neue Kleidungsstücke und Stoffe gestohlen. Wer irgendwelche Wahrnehmungen, die zur Ermittelung des Täters oder des gestohlenen Gutes führen könnten, gemacht hat, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 35 oder 37, zu melden.

Auf Veranlassung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus (Ortsgruppe Halle) spricht, wie aus dem Anzeigenteil demnächst ersichtlich, Herr Hauptpastor Emil Felden-Bremen am Mittwoch, den 30. d. Mts., im Wintergarten in einer öffentlichen Versammlung. Der Redner ist der Verfasser des Buches „Die Sünde wider das Volk“. Er schildert in diesem Land und Menschen seiner elsässischen Heimat in ihrem Leben in der Kainstadt und an der Straßburger Universität. Insbesondere läßt der Verfasser in seinem Werke den Kampf um die Rassenfrage hervortreten. Seine klare Stellung hierzu ist durchflochten von Erörterungen, die offenbar auf eigener, reicher Lebenserfahrung beruhen. Schon der Titel verrät, daß das Buch eine Gegenschrift gegen Dinters „Sünde wider das Blut“ ist, aber gegenüber den unbewiesenen Behauptungen dieser Schrift bringt Pastor Felden den schlüssigen Beweis dafür, wie wenig stichhaltig die ganzen Argumentationen gegen die Staatsbürger jüdischen Glaubens sind. Herrn Pastor Felden auch als Redner über „Methoden des Antisemitismus“ kennen zu lernen, wird gewiß weite Kreise der Halleschen Bevölkerung interessieren.

Hallischer Lehrer-Verein. In der Sitzung am 15. November berichtete Herr Redslob über Besoldungsfragen, Restzahlungen, Steuerabzüge und das neue Besoldungsgesetz. Am 22. November gab Herr Lorenz Aufklärung über die verzögerte Zahlung der durch die Neuregelung der Beamtenbesoldung fälligen Sätze. Während alle übrigen Beamten ihre Bezüge erhalten haben, während die Entwertung der Mark und die Teuerung weiter fortschreiten und der Ausverkauf in den Geschäften nahezu vollendet ist, wissen die Volksschullehrer immer noch nicht, wann sie die ihnen zustehenden Gelder erhalten werden. Gelegentlich einer Unterredung zwischen Herrn Oberbürgermeister Dr. Rive und Vertretern der Lehrerschaft baten diese um baldige Auszahlung der fälligen Gehaltserhöhungen. Der Herr Oberbürgermeister führte aus, er wolle die Stadthauptkasse anweisen, wenn die Regierung in Merseburg die Haftung über die Berechnung bescheinige. Die Anweisung des Finanzministers, daß die Stadthauptkasse zahlen solle, sei ein Rechtsbruch, ein unerhörter Eingriff in die Selbstverwaltung. In Merseburg wurde den Lehrervertretern der Bescheid, daß die geforderte Haftungsbescheinigung nicht gegeben werden könne; die Stadthauptkasse sei vom Finanzminister angewiesen und müsse zahlen. So stellen sich 2 Behörden auf den starren Rechtsstandpunkt, und die Volksschullehrer und -lehrerinnen sind der leidende Teil. — Die Versammlung gab ihrer Erregung über eine solche Behandlung Ausdruck, und wurde beschlossen, 2 Herren nach Ber-

Kleines Feuilleton.

Ein Selbstporträt.

Der Leutnant mit dem Bubengesicht.

Der verantwortliche Redakteur des deutschvölkischen Wulle-Blattes, im Hauptberuf ehemaliger Leutnant, hat folgendes poetische Selbstporträt geschaffen:

Mit jungen siebzehn Jahren
Zog ich freiwillig in den Krieg —
Mit heißen siebzehn Jahren
Stürmt' ich den ersten Sieg!
Mit achtzehn alt — in der Order steht:
Da wurd' ich Leutnant Seiner Majestät!
Vor Jubel war mir das Herz so weit!
Das war meine stolzeste Zeit!

Es rasselte schleppend mein Degen —
Ich liebte Sekt und liebte Tanz —
Mein Bubengesicht blitzte verwegen
Und meiner Stiefel Lack und Glanz!
Und Einglasblitz und Sporengeklirr,
Die machten den Mädels die Herzchen so wirr —
Sie liebten gar sehr den Leutnantsschneid!
Das war meine stolzeste Zeit!

Das ist der Typus des preußischen Leutnants, den uns nach Bismarck keine Nation nachmacht! Es sind alle Tugenden aufgezählt, die diese Bürschchen befähigten, das Schicksal ganzer Kompagnien verheirateter Landsturmleute in ihren Bubenhänden zu halten.

Welcher ernsthafte Mensch will sich noch einmal unter die Herrschaft dieser eingebildeten Schürzenjäger begeben?

Deutschnationale Tüften.

Die Weisungen des Landbundes.

Der Märkische Landbund empfiehlt seinen Mitgliedern, Kartoffeln an Angehörige ihrer Parteien zu billigeren Preisen abzugeben.

„Hä?“ sagte der Bauer Klaus in Märkisch-Dumsdorf, denn er hatte genau verstanden, was die verhärmte Frau von ihm wollte, und es machte ihm Freude, das nochmal zu hören.

„Ein paar Zentner Kartoffeln wollte ich gerne haben,“ sagte die Frau schüchtern, „wenn sie nicht zu teuer sind.“

„Zu teuer? Kartoffeln sind nie zu teuer. Was zahlt Ihr denn jetzt in der Stadt?“

„Achtzig Mark,“ jammerte die Frau, „und dann sind da noch so viele schlechte mang.“

„Das kommt davon, weil Ihr in der Stadt nicht beten wollt. Geht am Sonntag in die Kirche, da wird der liebe Gott Euch auch gute Kartoffeln wachsen lassen. Uns kanns ja egal sein, die Tüften werden verkauft, wie sie aus dem Boden kommen. Na, für fünfundsiebzig will ich Ihnen schon was ablassen. Wieviel soll's denn sein?“

„Fünfundsiebzig Mark?“ rief die Frau und wurde ganz weiß im Gesicht, „da hätte ich ja gar nicht herauszufahren brauchen! Zwölf Mark kostet ja allein die Reise! Das ist ja der reine Wucher . . .“

„Was?“ schrie der Bauer und pfiff auf zwei Fingern, daß der Hofhund in großen Sätzen angerannt kam. „sozialistische Redensarten wollen Sie hier loslassen? Raus —! Ich werde Euch verfluchter Bande schon zeigen, was gespielt wird. Kartoffel für Sozis gibt nich! Freßt, was Ihr wollt, wenn Ihr nicht blechen könnt!“

Aber die Frau wich nicht von der Stelle, obwohl der Köter sich knurrend vor ihr aufgepflanzt hatte. „Wir sind keine Sozis,“ schrie sie, „mein Mann war Kanzleibeamter und meine beiden Jungen sind im Felde gefallen. Aber Ihr werdet uns noch alle zu Sozis machen, wenn wir nichts zu essen haben . . . !“

Da pfiff der Bauer den Hund zurück, machte ein freundliches Gesicht und lud die Frau ein, ins Haus zu kommen. Dort bot er ihr — die nicht wußte, wie ihr geschah — eine große Tasse Kaffee an und eine Stulle, — so dick mit Butter bestrichen. Dann fragte er sie über ihren Seligen und die gefallenen Söhne aus. Schließlich wollte er wissen, was sie denn bei der Berliner Stadtverordnetenwahl gewählt habe?

„Gar nicht,“ sagte die Frau, „um die Politik kümmere ich mich nicht, die ist mir zu dumm.“ Dann gehöre sie wohl auch keiner Partei an? „Nein, das koste nur Geld, und sie könnte sich ja nicht einmal Kartoffeln kaufen.“

„Na,“ meinte der Bauer, „darüber läßt sich reden. Aber einer Partei müssen Sie angehören, Frau. Wie wär's mit der Deutschnationalen Volkspartei, die ist für's ganze Volk — und die Kartoffeln macht sie auch billig?“

„— — — —?“

„Ja das ist mal so. Ich geb' Ihnen gern fünf Zentner zu fünfzig Mark. Aber Sie müssen auch für's ganze Volk sein, Frau, wie ich und alle hier. Sie müssen auch zur Volkspartei. Kosten soll es Sie nichts, aber wählen müssen Sie das nächste Mal, verstehen Sie, Volkspartei wählen. Na, und denn hier, da unterschreiben Sie mal, und ich will sie Ihnen auch gern nach der Stadt reinfahren, ich muß sowieso mal nach Berlin.“

Die Frau zahlte schnell die zweihundertundfünfzig Mark und unterschrieb einen Schein, den sie in der Eile zu lesen vergaß. So wurde sie Mitglied der „Volkspartei“, ohne es zu wissen . . .

Am Abend traf der Bauer mit dem Gutsbesitzer im Wirtshaus zusammen und erzählte ihm sein Erlebnis. „Gut gemacht,“ lobte der, „Sie haben die Weisungen unseres Landbundes prompt befolgt. Es lohnt sich, mein Lieber, es lohnt sich, sag' ich Ihnen! Alle Liebe geht durch den Magen, auch die zur Politik. Wir werden's bei den Wahlen merken. Die paar Tüften machen sich bezahlt. Wie teuer haben Sie übrigens verkauft? — Fünfzig? — Na, da haben Sie ja noch einen ganz anständigen Schnitt gemacht.“

„Na, erlauben Sie,“ sagte der Bauer, „ich hätte mindestens siebzig kriegen können.“

„Gewiß, mein Lieber,“ sagte der andere würdevoll, und schlug dem Bauern wohlwollend auf die Schulter, „aber 'n bißchen was muß man doch für's Volk übrig haben. Na, trinken wir mal einen!“ Und sie tranken einen — auf die Liebe der Landwirtschaft „zum ganzen Volk“. **Kote Kokt.**

Eine offene Doppelhinrichtung. Wie die Schweizer Blätter melden, sind in Straßburg auf offener Straße vor dem Gefängnistor die beiden Raubmörder Lünk und Frintz, die seinerzeit in das Münster-Postamt eingedrungen waren, den Postwächter erdrosselt und den Geldschrank ausgeplündert hatten, hingerichtet worden. — Die offene Hinrichtung soll offenbar einen europäischen „Kulturfortschritt“ bedeuten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0005

An zu senden. Sie sollen den maßgebenden Stellen die Verhältnisse klarlegen und aufs nachdrücklichste fordern, daß den Lehrern der Stadt Halle endlich die bitter notwendigen Gelder gezahlt werden. Dann berichtete Herr Prautzsch, der Vorsitzende des Lehrerbildungsausschusses, über den gegenwärtigen Stand der Lehrerbildung. Er kennzeichnete die Wege, die bei einer neuen Lehrerbildung möglich sind: 1. Pädagogische Fakultäten, 2. Pädagogische Institute an den Hochschulen, für die sich die Reichsschulkonferenz aussprach, 3. Pädagogische Akademien, für die Prof. Spranger eintrat. Weiter legte er die Stellung der Erziehungswissenschaftlichen Hauptstelle des Deutschen Lehrer-Vereins dar, welche die Einrichtung pädagogischer Institute und ein Lehrerstudium von 6 Semestern verlangt. Auf Grund dieser Forderungen arbeitete der Lehrerbildungsausschuß des Hallischen Lehrer-Vereins eine Denkschrift aus, die er der hiesigen Universität überreichte. Die Universität hält in ihrem Antwortschreiben eine Stellungnahme zu diesen Fragen erst in mehreren Jahren für erforderlich, versichert aber ihre weitere Teilnahme und Mitwirkung. — Während in manchen Staaten, wie Sachsen und Thüringen, schon größere Vorarbeiten für eine Neuordnung der Lehrerbildung gemäß Artikel 143 der Reichsverfassung geleistet sind, hat sich Preußen erst in den letzten Wochen geäußert. Leider entsprechen weder das Programm des damaligen Kultusministers Becker noch die Vorlage der Staatsregierung den berechtigten Wünschen der Lehrerschaft: nicht einmal die bescheidensten Forderungen erfüllt die Regierungsvorlage, welche die Regelung der Berufsausbildung um mehrere Jahre zurückstellen will. In der Besprechung wurde hervorgehoben, daß trotz aller Rückschläge die Lehrerschaft nicht aufhören kann und will, zum Besten unseres Volkes die beste Lehrerbildung zu fordern.

Volks-Feuerbestattungsverein Halle u. Umg. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 26. November, abends 7½ Uhr in Hübners Restaurant, Kurze Gasse, statt. — Am Sonntag, den 4. Dezember, vormittag 9¾ Uhr, veranstaltet der Verein eine Besichtigung des Krematoriums auf dem Gertraudenfriedhof.

Hörervereinigung der Volksunterrichtskurse. Sonntag, den 27. November, Führung durch die Landesanstalt für Vorgeschichte (Provinzialmuseum) am Wettiner Platz. Treffpunkt ¼10 Uhr vormittags daselbst.

Im Künstlerverein auf dem Pflug findet am Sonnabend, den 26. November, pünktlich ½9 Uhr abends, ein Lautenliederabend statt. — Am Sonntag, den 27. Nov., eröffnet der K. a. d. Pfl. seine diesjährige Kunstausstellung in der Handwerkerschule.

Ein Jubilar. Herr Otto Brode, Pächter des Stadtgutes Gimritz, feiert sein 25jähriges Pächterjubiläum. Von der Handelskammer wurde ihm ein Ehrendiplom überreicht. Die Arbeiterschaft des Stadtgutes brachte dem Jubilar ebenfalls eine Ehrung dar.

Bundeskleingartenland. Die Pacht für die Kleingärten an der Flottwellstraße wird nach dem 1. Dezember erhoben. Ein genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

Volksbad Pulverweiden. In der letzten Sitzung der Deputierten für die städtischen Freibäder wurde festgestellt, daß sich laut Geschäftsbericht die Einrichtung der Volksbäder im Pulverweiden bewährt hat, zumal die Einnahme den Voranschlag um rund 9000 Mark überschritten haben. Empfohlen wurde, die Auskleidezellen im Männerbade zu vermehren und Dauerkarten auszugeben. Der Haushaltplan für 1922 wurde im wesentlichen festgestellt, doch sollen noch Mittel für Erweiterung oberhalb des Frauenbades bereitgestellt werden.

Beim Schluß der Anstalt sind einige Bekleidungsstücke, namentlich für Kinder vorgefunden wurden, die von den Berechtigten im Volksbad Pulverweiden abgeholt werden können.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, und morgen, Freitag, finden nichtöffentliche Aufführungen statt. Sonnabend abend 6 Uhr geht Richard Wagners „Tristan und Isolde" in Szene. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Das Postamt", hierauf „Die stumme Schönheit". Sonntag abend „Schönheit und Tugend" (Una cosa rara), Singspiel von Vincenzo Martin. Montag „Tiefland".

Thaliatheater. Im Thaliatheater gelangt am Sonntag abend 7½ Uhr der Schwank „Zwangseinquartierung" von Arnold und Bach zur Aufführung. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Freie Volksbühne. College Crampton. Spieltage: L: Sonnabend, 26., M: Montag, 28., N: Mittwoch, 30. November.

Volkssinfoniekonzert des Stadttheater-Orchesters. Für das Volkssinfonie-Konzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung von Kapellmeister Hans Stieber am Freitag, 25., abends 8 Uhr, im Volkspark zeigt sich jetzt schon großes Interesse. Es erscheint deshalb ratsam, sich Karten im Vorverkauf zu lösen, da der Andrang an der Abendkasse jedenfalls ein sehr starker sein wird.

Friedrich Kayßler in der Volksbühne. Am 8. Dezember spricht im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Freien Volksbühne Friedrich Kayßler aus Goetheschen Dichtungen. Die Hallische Volksbühne darf es mit besonderer Freude begrüßen, daß Friedrich Kayßler ihrer Aufforderung Folge gegeben hat. Sie wird in Kayßler nicht nur den künstlerischen Direktor des Berliner Volksbühnenhauses kennen lernen, sondern darüber hinaus einen der größten Schauspieler und Sprecher Deutschlands in ihrem Kreise hören. Der Kartenverkauf (2 Mark) beginnt am 24. November in der Geschäftsstelle, Brüderstr. 14.

Freie Volksbühne. Für den Spieltag N wird „Nathan der Weise" am Donnerstag, den 24. November, ½8 Uhr, im Thaliatheater gegeben.

Magdalena-Aufführungen der Freien Volksbühne. Um den Mitgliedern der Freien Volksbühne Gelegenheit zu geben, Ludwig Thoma, den kürzlich verstorbenen Gestalter bayerischen Bauerntums, in seiner wertvollsten Schöpfung kennen zu lernen, hat die Leitung der Volksbühne die nächsten beiden Aufführungen seines Volksstückes „Magdalena" im Stadttheater am 2. und 6. Dez. für die Mitglieder der Volksbühne erworben. Der Kartenverkauf für diese besonders hervorragenden Darbietungen im Stadttheater beginnt am 24. Nov. in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14.

Grundlagen des Liebeslebens. Am Dienstag, den 29. Nov. abends ½8 Uhr, im Thaliasaal, spricht Herr Freiherr von Reitzenstein über „Grundlagen des Liebeslebens." Der allgemeinverständliche Vortrag behandelt auch das „Altern und Verjüngen nach Steinach" u. a. Zahlreiche Lichtbilder erläutern das Wissenswerte. Näheres siehe im heutigen Inserat.

Klavier-Abend von Adolf Wolff.

Der Pianist Adolf Wolff gab gestern abend im Degenlogensaal (Paradeplatz) — vor äußerst schwach besetztem Hause — einen Klavierabend, in dem er Stücke von Bach, Beethoven, Schumann und Brahms zu Gehör brachte. Herr Wolff hatte seine Kräfte, seine künstlerischen Fähigkeiten überschätzt, er war der hohen Aufgabe noch nicht gewachsen, Beethovens C-Dur-Sonate op. 53 und Schumanns Waldszenen technisch einwandfrei und den geistigen Inhalt voll erschöpfend darzubieten. Manche Stellen ließen den scharfen Rhythmus nur unklar erkennen, viele Läufer waren verwischt, und auch in der Behandlung des Pedals konnte man oft anderer Meinung sein. Herr Wolff besitzt ohne Zweifel eine gute musikalische Begabung — Bachs Präambule, Aria, Courante gelangen vorzüglich — aber es ist noch viel Fleiß und Energie notwendig, um etwas Künstlerisches zu bieten.

Jahresschluß-Konzert. Heydrichs Konservatorium veranstaltete am gestrigen Abend im Saale der „Loge zu den fünf Türmen" ein stark besuchtes Jahreskonzert, dessen Programm von Schülern und Lehrern der Heydrichschen Anstalt bestritten wurde. Das Orchester spielte Schuberts „unvollendete", wundervolle Sinfonie h-moll und gestaltete dieses Werk des Widerstreites zwischen Apathie und Hoffnungsfreudigkeit in feiner Abstufung. Nur im Allegro wagten sich die begleitenden Stimmen zuungunsten des Cellos, das dort die Melodie einführt, zu weit hervor. Außerdem wurde Heydrichs Opern-Elegie „Frieden" und seine Ballade „Nixenabend" (Sopransolo: Ida Klauenflügel-Elze; Altsolo: Trude Eichhorn) mit viel Empfindung wiedergegeben. Beethovens Originalsonate op. 6 wurde von Hilde Baar und Paul Hoffmann in guter Technik, aber etwas harter Tongebung gespielt. Maria Heydrich gab in der Lortzingschen Undine-Arie: „So wisse" viel Entwicklungsfähiges, das sie zu künstlerischen Hoffnungen berechtigt; vorläufig fehlt ihrer Stimme aber die letzte Rundung. Das Gleiche gilt von Paul Peters, der aber mit seiner Arie des Sarastro aus „Zauberflöte" stürmischen Beifall fand und auch tatsächlich das Zeug zu einem außerordentlich guten Bassisten hat. Mit Blumengaben wurde nicht gekargt; das Publikum war sehr beifallsfreudig. **H-r.**

Sonntag, den 27. d. M., von 3½ Uhr an, findet im „Mozartsaal", Weidenplan, ein

Proletarischer Jugend- u. Elternabend der Arbeiter-Jugend

statt. Das reichhaltige und gediegene Programm verspricht wieder einige frohe und erbauende Stunden für die Erwachsenen wie auch für die Jugend zu bringen. Die ersten beiden Teile des Abends sind besonders für die noch schulpflichtigen Kinder zusammengestellt.

Karten sind an der Kasse, im Geschäftslokal der „Volksstimme", Große Ulrichstr. 27, und im Jugendsekretariat, Harz 42/44, Zimmer 38, zu haben.

— Einlaß 2½ Uhr. —

Provinz und Umgegend.

An die Ortsvereine der Partei!

Am Sonntag, dem 27. November, mindet im Guttemplerheim in Halle, Weidenplan 20, eine Zusammenkunft der Jugendbeiräte statt. **Beginn vormittags 10 Uhr.** Die Tagesordnung lautet:

1. Die Aufgaben eines Jugendleiters. Ref.: Gen. H. Görsch, Halle.
2. Aussprache.
3. Praktische Vereinsarbeit (Vorführung von Spielen usw.).

Mit der Tagung verbunden ist eine Ausstellung sämtlicher von der Einkaufszentrale der Arbeiterjugend zu beziehenden Gegenstände (Spiele, Bücher, Schmuck usw.). Am Nachmittag ist im „Mozartsaal" eine Veranstaltung für unsere Kinder. Am Abend eine solche für die Jugend und die Erwachsenen. (Näheres hierüber in dem den Jugendvereinsleitungen zugestellten Rundschreiben.)

Jeder Parteiverein hat die Jugendleiter auf diese Zusammenkunft aufmerksam zu machen. Genossen aus Ortsvereinen, wo noch keine Arbeiterjugend besteht, sind ebenfalls willkommen. Das Fahrgeld für die Jugendleiter wird zurückerstattet.

Die Bezirksleitung der Arbeiterjugend.

Der Arbeitsmarkt unserer Provinz im Oktober.

Das Landesarbeitsamt schreibt: Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hielt auch im Oktober an. Der Nachfrage, selbst nach ungelernten Arbeitern, konnte vielfach nur durch zwischenörtlichen Ausgleich entsprochen werden. Die Entlassungen von Arbeitskräften aus den landwirtschaftlichen Betrieben und den Ziegeleien waren ohne nennenswerten Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen verringerte sich weiter, und zwar von 3384 Ende September auf 2590 Ende Oktober. Von diesen entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 2217 (2809), Merseburg 91 (205), Erfurt 210 (226) und den Freistaat Anhalt 72 (144).

In der Landwirtschaft ließ die Nachfrage nach Arbeitskräften naturgemäß sehr nach. Der Bedarf an gelernten und ungelernten Arbeitern im Braunkohlenbergbau stieg allerorts. — Die Kaliindustrie, deren Lage sich unverkennbar besserte, verlangte vollkräftige Förderleute und ungelernte Arbeiter. Einige Werke waren gezwungen, wegen ungenügender Wagengestellung Aufträge auf Zuweisung von Arbeitskräften zurückzuziehen.

Die Metallindustrie hatte starken Bedarf vor allem an älteren Facharbeitern fast aller Berufe; ihm konnte nicht genügend entsprochen werden. — Die chemische Industrie stellte eine größere Zahl vorzugsweise ältere Arbeitskräfte ein. In der lebhaft beschäftigten Textilindustrie konnte der Mangel an Weberinnen, Strickerinnen und geübten Spulerinnen nicht beseitigt werden. — Flotten Geschäftsgang wiesen auch die Papier- und Lederindustrien auf. — Der starke Mangel an Facharbeitern aller Art in der Holzindustrie hielt an. — Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe boten viele Berufszweige gute Arbeitsgelegenheit. Großen Arbeiterbedarf hatten die Zuckerraffinerien. Die Arbeitslosigkeit unter den Fleischern nahm weiter ab. Müller konnten nicht hinreichend beschafft werden. — Der großen Nachfrage des Baugewerbes nach Maurern, Malern, Zimmerern, Dachdeckern, Glasern und Ofensetzern stand trotz der Entlastung von Bauhandwerkern durch die Eisenbahn nur geringes Angebot gegenüber.

Im Handelsgewerbe ging die Zahl der Stellensuchenden zurück. An erstklassigen Verkäuferinnen und Stenotypistinnen herrschte großer Mangel. Der Bedarf an jüngeren tüchtigen Fachkräften konnte nicht gedeckt werden. Größere Arbeitslosigkeit bestand noch unter den ältern männlichen Berufsangehörigen und den jüngern mit mäßiger Vorbildung. Im Gastwirtsgewerbe nahm die Arbeitslosigkeit unter dem männlichen Personal zu; nach wie vor fehlte es an weiblichem Personal. Haus- und Küchenmädchen suchten zahlreicher Stellung, was in der Hauptsache auf die Rückkehr von Landmädchen in die Stadt nach Beendigung der Erntearbeiten und auf die zunehmende Teuerung zurückzuführen sein dürfte. Das größere Angebot von verheirateten Frauen als Aufwärterinnen ist ebenfalls auf die Teuerung zurückzuführen. Der Arbeitsmarkt für Ungelernte und Jugendliche war günstig.

Wohnungsbeihilfen durch die produktive Erwerbslosenhilfe.

Das Reich hat größere Summen bereitgestellt, aus welchen Beihilfen an die Gutsbesitzer usw. gegeben werden können, die mit ihrer Hilfe ohne größere Verpflichtung Wohnungen usw. für Landarbeiterfamilien errichten wollen. Diese Mittel stammen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und sollen besonders dazu dienen, der Arbeitslosigkeit durch Bau von den fehlenden Unterkünften für die Landarbeiterfamilien zu steuern. Die Grundbesitzer usw., die obige Unterstützung seitens des Staates zu beanspruchen beabsichtigen, wollen sich unmittelbar an die Landwirtschaftskammer in Halle a. S., Magdeburgerstraße, wenden, von wo sie alle weiteren Auskünfte erhalten werden.

Weihnachtsbitte.

Die Neinstedter Anstalten lassen folgende Weihnachtsbitte ausgehen: In dieser Zeit der Not und Teuerung müssen wir für mehr als 1000 Menschen das tägliche Brot beschaffen. Da sieht es zu Weihnachten trübe aus, wenn uns nicht, wie bisher, Gaben der Liebe für unsere verwaisten Kinder, für unsere geistesschwachen, epileptischen und siechen Kranken gereicht werden. Helft auch in diesem Jahre dazu, daß ein frohes Leuchten durch unsere Anstaltshäuser gehen kann. Die Liebe höret nimmer auf. Geldgaben werden erbeten an die Direktion der Neinstedter Anstalten in Neinstedt, Postscheck-Konto Berlin 33 052. Pakete an Pastor Steinwachs, Neinstedt, Kreis Quedlinburg.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Beuna. Ein „Kriegerfest. Verstohlen und schüchtern schlichen sie an den Wänden entlang, die „Stützen" des Vaterlandes in Gestalt von Gemeindevertretern und andere Honoratoren mehr. Einen schwarz-weiß-roten Lappen um den Bauch gewickelt, fanden sie sich am Kriegerdenkmal zusammen. Ei, „Krieger" waren es, welche während des Krieges, wo es auf jeden einzelnen Mann ankam, vorzogen, sich als ewig Reklamierte zu drücken, oder als Offiziersburschen auf der Hamsterei in der Heimat zu verweilen. Weiter waren darunter einige Kapitäne, denen bis dato der Schreck (seit den Märztagen 20, wo ihretwalben auf den Straßen unseres Dörfchens Arbeiterblut floß,) nicht aus den schlotterig gewordenen Knien heraus konnten. An diesem Tage trollten sie wieder einmal vorn an der Spitze. Auch ein paar Arbeiter hatten sich überreden lassen. Doch machten auch sie das Bäckerdutzend noch nicht voll. Recht grasgrämig, ohne jede Stimmung schob die tapfere Kompagnie hinter ihrer geliebten Fahne her, zur Kirche, um sich jedoch nachher, niedergeschlagen wie man gekommen, wieder zu verkrümeln. Zur Ehre der hier organisierten Arbeiterschaft sei kurz festgestellt, daß sie von solchen monarchistischen Treiben abrückt (man hatte das wohl schon vorausgesehen und nur einen Teil in Kenntnis gesetzt.) Sie wird sich aber auch besonders die an den blöden Rummel beteiligten Gemeindevertreter im Gedächtnis behalten und zu gegebener Zeit mit ihnen sprechen.

Braunsdorf. Von unserer „Wohlfahrt". Unter dem Worte Wohlfahrt versteht man gewöhnlich etwas anderes, als wir von der hiesigen „Wohlfahrt" zu spüren bekommen. An Stelle von Angestellten, welche tatsächlich mit den Arbeitern human verkehrten, hat man einstige Offiziere gesetzt, über deren Fähigkeiten im praktischen Leben hier nicht erst diskutiert werden soll. Den rapiden Preisaufschlag macht man hier feste mit, dabei verfährt man in recht täppischer Weise. Ist es doch vorgekommen, daß zum Beispiel das Doppelstück Seife, das mit 3.75 Mark abgegeben wurde, eine halbe Stunde später aus derselben Kiste mit 4.25 M. verkauft wurde. Den Zentner Salz verkaufte man mit 35 Mk., eine Stunde später mit 38 Mark. Recht forsch legte sich Herr Heppner ins Zeug, der nebenbei gesagt, sich schon bei allen anderen Werksangestellten recht unbeliebt gemacht hat mit folgendem Aushang: Für verlorengegangene Lebensmittelausweise wird kein Ersatz geliefert. Unterzeichnet war das Schriftstück vom Bürovorsteher Gieseler. Die Kollegen machen nun gewöhnlich am Verkaufsstand ihren Herzen Luft. Der Verkäufer Ehrenberg hat aber absolut keinen Einfluß auf Preisgestaltung oder den Geschäftsbetrieb und ist in seinem Umgang mit den Kollegen vollständig einwandfrei. Wenn mit den Lebensmittelausweisen mancherlei Unfug getrieben wird, so wird das selbstverständlich von allen anständigen Kollegen verurteilt. Sie verlangen aber Maßnahmen, durch die nur die wirklich Schuldigen getroffen werden. Eine Listenführung der einzelnen Abteilungen wäre wohl zweckmäßiger als obengenanntes Radikalmittel. Es wäre angebracht, wenn sich der Betriebsrat einmal mit dem Wohlfahrtsleiter in Halle in Verbindung setzte, welcher doch eigentlich in einem ganz guten Ruf steht, (d. h. welcher bemüht ist, den Kontakt, der zwischen einem derartigen Unternehmen und der Belegschaft bestehen muß, noch aufrecht zu erhalten.) Dem Betriebsrat sei hierbei gleich mit auf den Weg gegeben, daß die organisierten Kollegen herzlich wenig Interesse an dem Geschäftsunternehmen haben, wenn es nicht tatsächlich als eine Wohlfahrtseinrichtung anzusprechen ist. Ist letzteres nicht der Fall, so haben die Arbeiter keine Ursache, derartige privatkapitalistischen Privatunternehmen zu unterstützen, getreu den alten Grundsätzen: „Hinein in die Partei, hinein in den Verband, hinein in den Konsumverein!"

Weißenfels. Protest der Eisenbahner. In einer vom D. E. V. einberufenen Versammlung protestierten die hiesigen Eisenbahner gegen das Bestreben der Industrieritter, die Reichseisenbahn in den Privatbesitz überzuführen. Aus der einstimmig angenommenen Resolution ist folgendes hervorzuheben: „Gegen diese rücksichtslose Anmaßung erhebt die Versammlung den schärfsten Protest und fordert die Erfassung der Sachwerte der Industrie, Landwirtschaft usw. Ferner beauftragt die Versammlung den Hauptvorstand bzw. den A. D. G. B. mit aller Energie dieses Angebot und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und sei es mit dem Generalstreik."

— **Bildungsabende der Partei.** Unsere Vortragsabende finden von Freitag ab regelmäßig an diesen Abend statt. Der zweite Vortragsabend, am Freitag, den 25. Nov., abends 8 Uhr, bringt einen Vortrag des Gen. Thronicker und des Genossen Werder über „Die Entwicklung des Proletariats in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft." Pünktliches Erscheinen ist Pflicht für jedes Mitglied unserer Partei, daß sich geistig vertiefen will.

— **Die Abrechnung der Rußlandhilfe.** Das Komitee Rußland-Hilfe Weißenfels ersucht die Gewerkschafts- und Parteikassierer beim Kassierer Gen. Wilh. Pfordte (Lutherstr. 14) abzurechnen. Die Sammlung auf Listen und mit Marken soll baldmöglichst abgeschlossen werden, sodaß spätestens am 30. 11. 21. eine Gesamt-Abrechnung gegeben werden kann.

Zeitz. Volkshochschule. In den Tagen vor Weihnachten veranstaltet unsere Volkshochschule, wie alljährlich, die bei unseren Kindern so beliebten Märchenabende mit Lichtbildern. Der erste Märchenabend findet am Mittwoch, den 30. November, nachmittags ¼4 Uhr statt. — Für die Zeit vom 27. November bis 4. Dezember ist eine Weihnachtsausstellung von Jugendschriften, Bildern und Spielen beabsichtigt.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Wie sie fressen und saufen. Aus der Grafschaft Camburg wird dem agrarischen Leib- und Magenblatte der Thüringer Klein- und Großjunker, der „Dorfzeitung", in einem nur eine viertel Seite langen Aufsatze in ausführlicher und äußerst anschaulicher Weise über die dort üblichen Landfressen (!!) be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0006

richtet. Da liest man: Aber diesmal war wieder „alles da", vom Gänse-, Schweine- und Hasenbraten bis zum Mohnkuchen und den „kalten Krüppeln". Letztere waren natürlich mit billigster Margarine hergestellt!! Wir erfahren ferner: Auf der Höhe von Schmiedehausen warf der Sturm einen Wagen voll Kirchweihgäste um. Vermutlich war der Sturm die Folge des vielen Kaffeetrinkens! Zum Schlusse beklagt dann der Verfasser die Tatsache, daß am vierten Tage die Leistungsfähigkeit allgemein erschöpft war. — Wir aber fragen im Namen unserer sorgenverhärmten Frauen und unserer hungerverkümmerten Kinder die landfressenstüchtigen und sturmerprobten grafschaftlich Camburger Fresser und Stürmer: Wie hoch laßt ihr euch eure Schweine bezahlen? Verkauft ihr überhaupt Milch und Eier? — und was verlangt ihr für den Zentner Kartoffeln?

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

S. P. D.-Gemeindevertreter-Konferenz in Mansfeld (Stadt).

Schon in der letzten Unterbezirksversammlung zu Hettstedt wurde der Wunsch laut, eine besondere Versammlung für die Vertreter in den Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Parlamenten einzuberufen. Diesem Wunsche folgend, fand am Sonntag, den 20. d. Mts., eine solche Versammlung in der Sonne zu Mansfeld statt, die gut besucht war. Sie wurde von dem Vors. des Unterbezirks, Gen. Strauß eröffnet und geleitet. Nachdem er in größeren Umrissen die Gemeindepolitik erörtert hatte, bekam Gen. Dureck, Mansfeld, das Wort, der die Erschienenen willkommen hieß. Da der vorgesehene Referent, Gen. Schmidt Gröbers, nicht erschienen war, übernahm Gen. Strauß das Referat. Er führte aus, daß die Gemeindepolitik eine andere sei als die sogenannte hohe Politik im Reichs- und Landtage. Die Gemeindepolitik sei abhängig von allerlei und könnte deshalb auch nicht an allen Orten nach einer gegebenen Ordre behandelt werden. Trotzdem müsse vor allem das Parteiprogramm die Richtschnur bilden. Die Berichterstattung über die Stadtverordneten- und Gemeindevertreter-Versammlungen müssen besser ausgebaut und auf schnellstem Wege an die Parteipresse gelangen. Ueber etwaige Abänderungen und Kürzungen der Berichte sollte man nicht unwillig werden, weil beides redaktionell zuweilen nötig sei. Weiter besprach Gen. Strauß unser Verhalten in den Gemeindeparlamenten gegenüber der „Mansfelder Volkszeitung", die nach wie vor in Halle gedruckt würde und nur für die Mansfelder-Kreise erscheine. Berührt wurden dann weiter die Steuerpolitik in den Gemeinden. Da das Reich allein die Hand auf die Einkommensteuer gelegt habe, von der es nur einen kleinen Bruchteil an die Gemeinden zurückerstatte, bleibe den Gemeinden nur noch hauptsächlich die Realsteuer — Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. In Eisleben hätten die Sozialisten versucht, zugunsten der Gebäudesteuer, die doch schließlich auf die Mieter umgelegt würde, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Teilweise sei der Versuch gelungen, da auch die Gewerbesteuer auf die Verbraucher umgelegt würde, sei das Schwergewicht auf die Grundsteuer zu legen. Es setzte dann eine befruchtende Diskussion ein, in der Genossen aus den verschiedenen Stadt- und ländlichen Gemeindevertretungen das Wort ergriffen. Von dem Gen. Lange, Helbra, wurde der Beschluß über die Bekanntmachungen in der Volkszeitung erwähnt; von mehreren Gen. aus Hettstedt die dortige Bürgermeisterwahl, die unlängst stattgefunden hat, von dem Gen. aus Gerbstedt die Zwangs-Etatisierung betr. der Beamtenbesoldung usw. Im großen und ganzen brachte die Versammlung, was von ihr gefordert worden war und es wurde deshalb der Wunsch laut, künftig hin weitere solche Verhandlungen stattfinden zu lassen.

Das Volkshaus in Eisleben.

Am unteren Ende der Eislebener Lindenstraße, gegenüber dem Logengebäude der Freimaurer, vor sich das Wiesengelände, alljährlich um die Septemberzeit der Konzentrationspunkt für eine abwechslungsreiche Zelt- und Budenstadt, mit dem Fernblick auf die rebenbewachsenen Oberrißdorfer Höhen, da liegt der umfangreiche Komplex des Heims der Mansfelder Arbeiterschaft, das Volkshaus! Dieses größte Etablissement des ganzen Mansfelder Landes war besonders zu Leuschners Zeiten, im patriarchalisch-reichstreuen Zeitalter, der Ort, in dessen Rahmen Feste und Festesrauschen in wechselvollen Bildern sich zeigten. Damals hieß es Wiesenhaus. Später, nach Einsetzen der Umwälzung, gab es in seinen Mauern politische Kämpfe, welche die Wogen hoch, überhoch gehen ließen. Heute arbeiten Vorstand und Aufsichtsrat sowie auch die Genossenschaftsversammlung mit Eifer daran, dieses Unternehmen der Mansfelder Arbeiter unter allen Umständen zu halten. In dem Augenblick, in dem das Volkshaus aufgegeben werden müßte, bekäme die Mansfelder Arbeiterschaft einen lebensgefährdenden Stoß! Das Bürgertum würde triumphieren! Und nun! Die folgende Frage: „Soll das Volkshaus-Unternehmen zugrunde gerichtet werden?" Diese Frage muß jedem Unbefangenen beim Lesen des Artikels in der Freitagsnummer der „Mansfelder Volkszeitung", dem Erbteil des seligen Joseph Schneider, aufsteigen. Genau wie damals, sind es auch heute wieder kaum einige Wochen hier anwesende Leute, die sich ein Urteil über hiesige Verhältnisse anmaßen und genau wie damals (damals gab es nur eine Unabhängige Partei), laufen manche Volksgenossen schweifwedelnd hinter ihnen her. Dem betreffenden Artikelschreiber kann ohne weiteres das Recht der Kritik abgesprochen werden, denn er hat jedenfalls, außer dem Artikel, den er geschrieben, zur Erhaltung des Volkshauses noch nichts getan. Dem Eingeweihten ist es ja schon lange bekannt, wo die Stelle ist, an der alle Pläne zum Sturze des Volkshausunternehmens geschmiedet werden. Nun kommt die Frage, weshalb: Weil sie bei der Wirtefrage sich der Mehrheit fügen mußten, weil ihr Freund nicht als Wirt ins Volkshaus einziehen konnte! Deshalb werden alle nichtigen Vorwände bei den Haaren herbeigezogen, um dem Volkshausunternehmen eins auszuwischen. War das bisher ein Kampf im stillen, so scheint es in dem Augenblick anders werden zu sollen, indem wir einen Nachfolger Joseph Schneiders in der Person eines Lokalredakteurs bekommen haben. Denn was bisher von diesem geleistet wurde, an, gelinde gesagt, Verdrehungen usw., übertrifft bald seinen Vorgänger. Er hofft jedenfalls damit seiner Partei einen Dienst zu leisten. Aber wenn er noch denkfähig wäre, müßten ihm die Aeußerungen seiner eigenen Parteifreunde zu denken geben. Wenn wir auch nicht der Meinung sind, daß im Hinblick auf die Bürgerlichen jede Kritik unterbleiben müsse, so können wir uns aber die Freude der Gegner sehr gut vorstellen, und welche Wirkung es auslösen wird, muß abgewartet werden. Das ist aber solchen, jeden Verantwortungsgefühles baren Leuten ganz gleichgültig; wie sie gekommen, verschwinden sie auch wieder. Joseph ist ja auch, als alle seine Experimente fehlgeschlagen, spurlos verschwunden. So ganz nebenbei wollte man der K. P. D. auch eins auswischen, denn das, was man über die Unruhe, das Gröhlen usw. sagte, sollte diese treffen, aber auch hier hat man daneben gehauen. Die K. P. D. hat bisher alles getan, was im Interesse des Unternehmens von ihr getan werden konnte, abgesehen von einigen ganz wenigen sind sie stets für Ruhe und Ordnung eingetreten, und wenn wir über die politischen Fragen sehr geteilter Meinung sind, über die Volkshausfrage und über die Mittel, die zur Erhaltung des Unternehmens notwendig sind, herrscht zwischen uns Uebereinstimmung, und das kommt daher, weil keiner besondere persönliche Interessen dabei herauszuschlagen versucht. Anders unsere Unabhängigen! Sie sind mit wenigen Ausnahmen, die ausgesprochenen Interessen-Politiker, ihr persönliches Interesse geht ihnen über alles, und wer das weiß, dem ist manches verständlich. Beweis: Daß eine ganze Reihe, darunter auch, wenn wir nicht irren, der Artikelschreiber nach der Revolution, je nach der Konjunktur, ihre politische Gesinnung geändert haben.

Mansfelder Arbeiter! Habt ihr noch nicht genug von diesen „Führern" gehabt! Grabt einmal in eurem Gedächtnis nach; nur wenige Tage sind über drei Jahre verflossen, aber wieviele sind vor euren Augen vorübergezogen, wie ein Meteor sind sie erschienen, aber auch verschwunden, ein jeder hat euch das Himmelreich in greifbarer Nähe versprochen. Zieht daraus eure Konsequenzen und beurteilt die Lage ohne jede Beeinflussung. Manche Bürgerliche, denen das selbständige Unternehmen „Volkshaus" ein Dorn im Auge ist, sind solche Artikel, wie in der Freitagsnummer der „Mansfelder Volkszeitung" ein gefundenes Fressen. Eine Offenbarung die ihnen als Evangelium in den Ohren klingt, daß einmal die Zeit nicht fern ist, wo sie wieder Besitz vom Volkshaus ergreifen können. Es wird und darf nicht geschehen! Darum darf auch nicht das Volkshaus zum Gegenstand politischer Betrachtungen werden. In einem demnächst erscheinenden Artikel werden wir Vorschläge zur weiteren Entwicklung des Arbeiter-Unternehmens machen.

Eisleben. Die „Volksbühne Eisleben e. V." bringt hiermit allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Theaterbüro nach Vicariatsgasse 3 parterre rechts verlegt worden ist. Gleichzeitig werden alle Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß der Mitgliederbeitrag für Dezember bis spätestens Sonntag, den 27. d. Mts. im Theaterbüro oder in der Buchhandlung Probst (Markt) unter Vorlegung der Mitgliedskarte zu entrichten ist. Um einen ordnungsgemäßen Geschäftsgang zu ermöglichen, werden die Mitglieder gebeten, diesen Termin unbedingt einzuhalten. Außerdem gibt die „Volksbühne" bekannt, daß am kommenden Freitag nachmittag 3½ Uhr für die Kinder eine Nachmittagsvorstellung: „Weihnachtszauber oder Knecht Rupprecht" zu kleinen Preisen (Sperrsitz 3.— Mk., 1. Platz 2.— Mk., Gallerie und Stehplatz 1.— Mk.) stattfindet. Am gleichen Abend 8 Uhr geht dann das Kostüm-Lustspiel „Der Vetter" von Benedix über die Bretter. Für diese Vorstellung ist ein Einheitspreis von Mk. 3.— festgesetzt, so daß es jedem einzelnen möglich sein wird, diese Vorstellung zu besuchen. Beide Vorstellungen, für welche die Buchhandlung Probst (Markt) den Vorverkauf übernommen hat, finden im „Volkshaus" statt.

Helfta. Eine gelungene Arbeit. Der Bildungsausschuß konnte mit seinem Theaterabend am Dienstag einen vollen Erfolg verbuchen. Alt-Heidelberg wurde gegeben. Die Veranstaltung war gut besucht, trotzdem nur drei Tage für die Vorbereitungen zur Verfügung standen.

Siersleben. Aufklärung über Landsiedelung. Am nächsten Sonntag findet hier eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung statt, die unseren Einwohnern die so lange erwartete Aufklärung über Siedlungsfragen bringen soll. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die immer strenger sich bemerkbar machende Wohnungsnot lassen den Gedanken der Landsiedlung immer wieder neu auftauchen. Ein guter Besuch der Versammlung ist ohne weiteres zu erwarten.

Alsleben. Ein Drama auf der Feldflur. Bei Großwirschleben freilierten abends mehrere Leute und wurden vom Feldhüter überrascht. Zwischen den Wilderern, Vater und Sohn aus Alsleben, und dem Feldhüter entspann sich ein erbitterter Kampf. Dabei wurde der 15jährige Graboski erschossen, der Vater und der Feldhüter schwer verletzt.

Hettstedt. Stadtverordnetensitzung vom 21. Nov. Anwesend waren drei Magistratsmitglieder und 23 Stadtverordnete. Auch der Zuhörerraum war gut besetzt. Man hatte anscheinend, auf Grund der letzten Vorgänge, wieder etwas Sensation erwartet. Wer das geglaubt, hatte sich geirrt. Die Magistratsmitglieder der Linken hatten mit dem neuen Bürgermeister Rücksprache genommen wegen der letzten Vorgänge. Der Bürgermeister versprach dann durch ausführliche Erläuterungen die einzelnen Fraktionen zu informieren. Dieses war auch in der Stadtverordnetensitzung geschehen und so konnten alle, ohne erlebte Sensation befriedigt nach Hause gehen mit dem Bewußtsein, daß es eine ruhige, sachliche Verhandlung war.

Nachdem das Protokoll der letzten Verhandlung verlesen war, wurde vom Stadv. Lohse bemängelt, daß es heißt, der Stadtsekretär Knoll solle befördert werden usw., es müsse der Name Knoll gestrichen werden, denn es habe sich dabei nicht um die Person, sondern um die Stelle gehandelt. Auch der Punkt vom Bauunternehmer Fiedler sei nicht richtig wiedergegeben, dieses soll durch Herbeischaffung der Urschrift erledigt werden.

1. An Stelle des zurückgetretenen Stadtverordn. Fr. Schmidt, S. P. D., wurde Stadtv. H. Mahnert eingeführt. Die Einführung wurde durch eine würdige Ansprache des Bürgermeisters vollzogen.

2. Wahl einer Siedlungskommission. Der Bürgermeister schildert, nachdem er einige Worte über den am 11. Nov. stattgefundenen Städtetag des Reichsstädtebundes, in Berlin, gesprochen hatte, das Wohnungselend in Hettstedt, welches man nicht durch Flickwerk erledigen kann, sondern nur mit einer durchgreifenden Siedlung begegenen könne. Um die Siedlung zu fördern, wurde auf Wunsch des Magistrats eine Kommission gewählt.

3. Die Revisionsberichte der Stadthauptkasse und der Sparkasse am 28. Okt. 1921, wurden zur Kenntnis genommen.

4. Die Beratung des Haushaltplanes wurde wegen Erkrankung des Beigeordneten zu einer in kurzer stattfindenden Sitzung zurückgestellt.

5. Den Anträgen auf Erwerb von städtischem Gelände wurde zugestimmt. Als Kaufpreis 1.50 Mk. pro Quadratmeter festgesetzt.

6. Den hiesigen Schiedsmännern wird auf ihren Antrag die Entschädigung von 75.— Mk. auf 150.— Mk. erhöht.

7. Ebenso wird dem Fleischbeschauer seine Miete auf Antrag von 150.— Mk. auf 300.— Mk. erhöht.

8. Stand der Quäkerspeisungen. Hierüber gab der Bürgermeister den Bericht und stellte fest, daß die Speisungen soweit gediehen sind, daß mit der Speisung begonnen werden kann. Es kommen 229 Kinder in Betracht. Um die Speisung auch würdig zu gestalten, hat der Wirt vom Ratskeller, Herr Müller, in liebenswürdiger Weise einen Raum, der sich vorzüglich zur Speisung eignet und einen würdigen Eindruck macht, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Von jedem Kinde sind 25 Pfg. zur Deckung der notwendigsten Unkosten zu erheben.

9. Es lag ein Antrag vor, die Benutzung eines Feldweges zur Legung eines Wasserrohres freizugeben, derselbe wurde der Verpachtungskommission überwiesen.

10. Der neue Lohntarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit Wirkung vom 1. August 1921 wurde angenommen. In der Debatte hierbei wurde vom Stadtv. Lohse und Rienecker dafür propagiert, daß die städtischen Arbeiter nicht mehr als minder-, sondern als vollleistungsfähig angesprochen und bezahlt werden sollen.

11. Ein Antrag der Kontinentalen Wasserwerksgesellschaft, auf Erhöhung des Wasserpreises von 1.50 Mk. auf 2.47 Mk., rief eine längere Debatte hervor, in welcher auch die Sozialisierung erwähnt wurde. Der Bürgermeister versprach, daß, wenn er das Wasserwerk für die Stadt günstig erwerben könne, er es sofort unterstützen würde. Man stimmte dem Magistratsantrage, ein Schiedsgericht anzurufen, zu. Zum Schluß wurde noch über eine Anfrage: „Wem gehört das Schützenhaus?" debattiert und der

Kleines Feuilleton.

Hallische Maler auf der „Juryfreien Ausstellung" in Berlin.

Es sind nur drei Männer: Karl Völker, Fischer-Lamberg und Alexander Gutfeld. Gutfeld ist außerdem nur einer, der von Halle seinen Ausgang nahm und unter Fischer-Lamberg entscheidende Anregungen bekam. Wie aber die Ausstellung selbst nichts Neues, in seinen wesentlichen Talenten Befestigung und Klarheit weist, so geben auch die Hallenser nichts Besonderes. Karl Völker, der auch den Katalogsanfang entworfen hat, bringt einige ältere Bilder, die am Beginn jenes Zeitpunktes stehen, als Völker versuchte, das, was er zeigen wollte, in eine eigene archaische Form zu zwängen. Das hat jetzt noch etwas Gewolltes, kann aber kaum mit der Verdonnerung „Manier" zum alten, eben noch neuen Eisen geworfen werden. Ein Wirken in die Zukunft wird aber wohl kaum den hier gezeigten Bildern übrig bleiben. Die Kreidigkeit der Farbengebung nimmt zuviel von der in der Form wohnenden Kraft. Die Form wird einmal noch bestimmter (wie schon in den neuesten Radierungen!) werden, das Eingetrocknetsein der Farbe muß einem neuen Farbwillen weichen oder aber ein konzentriertes Zueinanderwirken haben.

Fischer-Lamberg hat nur ein Damenporträt. Irgendwie ist es zu glatt, in anderer Hinsicht zu verschwommen. Das sonst so delikate Schaffen und besondere Agieren mit neuen Farb-, und (damit in Verbindung!) Formmitteln ist in diesem Porträt zu schnell gelaufen. Gutfeld bringt zu wenig und dann noch Unwesentliches. Ein Holzschnitt „Krahn" muß als eine ernsthafte, aber damit erschöpfte Bemühung angesehen werden. Ein Dünenbild hat eine reizvolle Farbsattheit, die Formbalance hat sich leider in eine zu große Weichheit und kurvenlose Rundheit ausgeschwungen. Es wird wohl kräftigere Arbeiten von diesem Maler geben.

Brattskoven.

Endlich wieder ein neuer Ismus. Es war auch kaum noch zu ertragen, dieses Leben, dieses gedankenlose Leben, das nach gar keinem Ismus mehr orientiert war. Der Expressionismus war tot, der Dr. Hausenstein und der Professor Worringer und die sonstigen Paten und Gevattern, die ihn aus der Taufe gehoben, hatten ihm selbst den Totenschein geschrieben; der Futurismus war tot, von seinem eigenen Erzeuger als Unfug manifestiert, gestäupt und gerädert worden; und der Dadaismus war am Kinderschnuller erstickt. So lebten wir in diesen letzten Jahrtausenden, seit Mittwoch voriger Woche dahin wie das liebe Vieh, ohne die heilige Religion eines Ismus. Endlich, endlich haben wir also einen neuen.

Herr Raul Hausmann hat ihn erfunden und verkündet ihn der Welt in einem Manifest. Er nennt ihn den Présentismus (mit accent aigu) und will mit ihm den „Puffkeïsmus (ohne accent aigu) der deutschen Seele" vernichten. Puffkeïsmus? Verdammt, den müssen wir also doch verschlafen haben. Ja, wenn man auf das große Weltgeschehen nicht wie ein Schießhund aufpaßt. Dieser Puffkeïsmus der teutschen Seele muß jedenfalls so etwas † † † Romantisches gewesen sein. Gegen ihn wendet sich also der Krett — pardon der Présentismus. „Fort mit dieser Sehnsucht, fort mit dem Unmöglichen, weil es nicht möglich und verwirklicht ist!!! Ueberlaßt es den Golems und Rautendeleins! ... Die Zeit der destruktiven Psychologien und Relativitäten ist vorbei ... Wir wollen gänzlich respektlos sein, die schönste Vergangenheit soll uns nicht binden! ... Wer Schönheit braucht, gehe ins Museum! Aber machen wir kein Plagiat ... Die Schönheit unseres täglichen Lebens wird bestimmt durch die Mannequins, die Perückenkünste der Friseure, die Exaktheit einer technischen Konstruktion! ... Nieder mit dem oberflächlich verstandenen Taktilismus, der Haptismus ist die Differenzierung des modernen Lebensgefühls! Bauen wir haptische und telehaptische Absendestationen!"

Also auch den Taktilismus, die neueste Errungenschaft des Signor Marinetti, bekämpft Herr Hausmann. Er will dafür den tiefergründenden Haptismus oder Telehaptismus. Und als Ergänzung zu diesem Haptismus fordert er noch den Odorismus.

Ich weiß, es gibt fromme, ängstlich bürgerliche Seelen, die vor jedem neuen Ismus wie vor dem Buhmann erschrecken. Nur keine Angst, hinter jedem ebenerstandenen Ismus erhebt sich schon der nächste, um seinen Vorgänger mausetot zu machen. Und das ist der Humor davon.

Der Waldreichtum der Erde. Die großen Holzeinfuhrländer sind, so entnehmen wir einem Aufsatz von Professor F. Mewius in der „Umschau in Wissenschaft und Technik", Frankfurt a. M., England, Frankreich, Portugal, Spanien, Belgien, Holland, Dänemark, Deutschland, Schweiz, Italien, Griechenland und die Türkei, zu denen sich in den letzten Jahren noch Spitzbergen gesellt, das jetzt wegen seines lebhaften Steinkohlenabbaues und der damit verbundenen Arbeiteransammlung ebenfalls viel Bauholz braucht. Als wichtigste europäische Holzausfuhrländer sind zu nennen: Norwegen, Schweden, Serbien, Montenegro, Dalmatien, Kroatien und Slavonien, Oesterreich-Ungarn, Finnland, Polen und Rußland. Europa hat sich vor dem Kriege auch unter Hinzurechnung der russischen Zufuhren nicht selbst versorgen können, sondern mußte große Mengen Holz von Kanada und den Vereinigten Staaten einführen, und hierin wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern. In Asien gibt es Holzausfuhrländer: Indien, den indischen Archipel, die Philippinen, Formosa, Japan und Sibirien. Indien und Ceylon führen namentlich Möbelholz und Teakholz aus. Australien ist noch in der Lage, seinen Bedarf selbst zu decken, dürfte aber hierzu nicht mehr lange imstande sein. In Afrika gibt es folgende Holzausfuhrländer: Madagaskar, Elfenbeinküste, Goldküste, Nigeria, Kamerun, Spanisch-Guinea, Kongo. In den fünf letztgenannten Ländern liegt der größte Teil des Waldgürtels, der sich fast durch ganz Zentralafrika erstreckt. Dies bildet für die Zukunft eine der wenigen Holzreserven der Welt. In Nordamerika können Mexiko, Alaska und etliche westindische Inseln ihren eigenen Holzbedarf decken. Aber sobald sich deren Industrie entwickelt, werden diese Länder zur Holzeinfuhr genötigt sein. Die Vereinigten Staaten können, im ganzen gesehen, ihren eigenen Bedarf decken. Dort ist eine rationelle Waldbehandlung durchgeführt, so daß in den etwa 200 Millionen Acres Waldungen, die es noch gibt, bloß der jährliche Zuwachs abgeholzt wird. Aber trotzdem genügt der Zugang der wachsenden Nachfrage nicht. Amerikanische Holzausfuhrländer sind Kanada, Neufundland, Guatemala, Britisch-Honduras und andere mittelamerikanische kleinere Republiken. Die zentralamerikanischen Staaten exportieren hauptsächlich Mahagoni, Zeder und harte Holzarten. Südamerikanische Holzausfuhrländer sind: Kolumbia, Ecuador, Venezuela, Guyana sowie Brasilien. Bisher wurden hauptsächlich harte Holzarten ausgeführt, wie Mahagoni, Zedernholz, Rosenholz usw. In Brasilien hat die Welt eine ihrer größten Waldreserven, indem die unberührte Waldfläche auf mindestens 640 Millionen Acres geschätzt wird. Hier nach besitzt also die Erde zwei größere Reserven in Zentralafrika und Südamerika, eine geringere Reserve in Kanada und noch geringere Reserven auf den asiatischen Inseln Philippinen, Borneo und Neuguinea, so daß eine Gefahr zu einem Holzmangel vorläufig nicht vorliegt.

Unsere Kinder. Die dreizehnjährige Liselotte hat mal etwas in der Zeitung von „werdenden Müttern" gelesen. Eines Tages wird es ihr klar, daß bei ihr zu Hause Familienzuwachs zu erwarten ist. Anderen Tages trommelt sie in der Schule ihre Mitschülerinnen zusammen und flüstert ihnen zu: „Kinder, ihr könnt mir gratulieren; ich bin werdende Schwester!"

Der Foxtrott von Bach. „Ich trat in eine Musikalienhandlung," so wird in „Reklams Universum" erzählt, „und verlangte einen Klavierauszug zu der Bachschen Kantate „Ihr werdet weinen". Die bebrillten Augen des Herrn Gehilfen starrten mich eine Weile geistentrückt an, plötzlich begannen sie zu leuchten, und nun belehrte er mich, mit höflich gedämpfter Ueberlegenheit: „Diese Kantate ist nicht von Bach, sondern von Hugo Hirsch, es ist auch nicht eigentlich eine Kantate, sondern ein Foxtrott, und in Wirklichkeit hat das Musikstück den Titel: „Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht ...."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0007

Magistrat ersucht, in kurzer Zeit der Stadtv.-Versammlung Bericht zu erstatten.

Sangerhausen. Ein Vorschuß für die städt. Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß bei Neuregelung der Gehälter und Löhne der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, allen in den nächsten Tagen einen Vorschuß zu je 1500 Mark zu zahlen, was insgesamt 300 000 Mark erfordert.

Sangerhausen. Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden in seinen eigenen Ateliers und Werkstätten eine Ausstellung für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geschaffen.

Den Bemühungen des Städtischen Wohlfahrtsamtes ist es gelungen, daß die Ausstellung, die hinsichtlich anschaulicher Darstellung ganz vortrefflich ist, nunmehr nach Sangerhausen gebracht wird.

Sie wird ab 27. November bis 4. Dezember in der Aula der Gehobenen Schule, Alte Promenade, der allgemeinen Besichtigung zugänglich gemacht. Der Besuch ist jedem dringend zu empfehlen, der es ernst mit seiner Gesundheit meint.

Sangerhausen. Genossenschaftliches. Am letzten Sonntag fanden zwei Genossenschafts-Versammlungen statt in Klostermansfeld und Benndorf. In beiden Versammlungen sprach Genosse Haberland über das verflossene Geschäftsjahr. Mehr denn je hätten wir alle Ursache, uns heute auf dem Gebiete der Wirtschaftlichen Organisation zu einer Einheitsfront zusammen zu finden. Die Hauptaufgabe neben der praktischen Einkaufsbetätigung ist die Stärkung unseres Betriebskapitals. Deshalb ist es notwendig, daß alle Genossenschafter mit der größten Energie daran gehen und ihre Anteile von 200 Mark voll einzahlen. Dies wird allen Genossen erleichtert durch ratenweise Einzahlung. Daß die Stärkung des Grundpfeilers unserer wirtschaftlichen Organisation auch unseren Gegnern stark auf die Nerven gefallen ist, beweist uns ein Artikel der „Kolonialwaren-Woche“ in der Nr. 89 vom 5. November, betreffend die Stellung der Konsumvereine zur Umsatzsteuer. Darin heißt es: Die Konsumvereine können nach Einführung der Umsatzsteuer nicht mehr mit der gleichen Tara auf die an die Genossen auszuwerfende Dividende hinweisen, die sie bisher nur verteilen konnten, weil sie geringwertigere Waren zu den gleichen Preisen bezw. zu verhältnismäßig höherem Preis abgeben, wie der ladenhaltende Kleinhandel seine pfleglich behandelten Waren verkaufte. Wir verstehen also das Lamento der Herren Genossen durchaus und das um so mehr, als ihnen heute weniger darum zu tun ist, durch die Konsumvereine den Aermsten der Armen unter den Konsumenten zu helfen, als vielmehr darum, aus den Konsumvereinen Kampfesorganisationen für das revolutionäre Proletariat zu machen. Diese Entwicklung der Konsumvereine sieht man durch die Umsatzsteuer bedroht, und man sieht die Stellen an der Futterkrippe für bewährte Obergenossen schwinden, wenn die Umsatzsteuer erst den Säckel der Konsumvereine in gleicher Weise belastet wie den des legalen Handels“. Niedriger braucht wohl diese Notiz nicht gehängt zu werden, wenn man untersucht, in welchen Reihen der ehrliche Steuerzahler zu finden ist. Den Konsumvereinen sitzen bekanntlich mehr Kontrollinstanzen im Nacken als wie jenem ladenhaltenden Groß- und Kleinhandel. Beweise hierfür sind bekanntlich kübelweise zu erbringen, dafür spricht so manche Vermögensbeschlagnahme der Wucherer und Schieber, welche wir nicht in den Konsumvereinen suchen. Ein Werberuf für die Konsumvereinsbewegung und ihre Ziele bildete den Schluß der Versammlungen.

Bitterfeld—Delitzsch.

Eilenburg. Tod auf den Schienen. An der Strecke Delitzsch—Eilenburg hat sich der Lehrer L. aus Wöllau am Bondaer Wäldchen von einem Personenzug überfahren lassen. L. war 53 Jahre alt und verheiratet. Seit sechs Wochen schwebte ein Untersuchungsverfahren gegen ihn, aus dessen Anlaß er auch vom Amt suspendiert war.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Liebenwerda. Allgem. Gewerkschaftsversamm-lung.) Am vorigen Sonnabend fand eine große Gewerkschaftsversammlung statt, zu welcher auch Delegierte der Ortsausschüsse des Kreiskartells anwesend waren. Zu Punkt 1 Wirtschaftliche Lage des Kreises gab der Vorsitzende Gen. Seehof einen Auszug der Kreiskornstelle Liebenwerda über Getreide- und Kartoffelanbauflächen im Kreise. Von dem Umlagegetreide sind bisher 50 Prozent abgeliefert, ca. 300—350 säumige Landwirte, welche der Ablieferung ihres ersten Viertels bis zum 15. 10. nicht nachgekommen sind, haben als Ersatz für die nicht rechtzeitig abgelieferten Mengen pro Zentner 273,75 Mark zu zahlen. — Zu Punkt 2: Abmachung des Kreisausschusses mit dem Kreiskartellvorsitzenden in der Kartoffelsache, betonte Vors. Gen. Seehof zunächst, daß es nicht Aufgabe des Gewerkschaftskartells sei, für Lebensmittel zu sorgen, sondern dies vielmehr Sache der Konsum-Genossenschaft ist; lediglich auf Anregung verschiedener Genossen hat sich das Kartell mit der Kartoffelversorgung befaßt und wird dasselbe auch weiterhin bemüht bleiben, jedem gerecht zu werden. Auf Anregung des Obmanns Gen. Haberland erklärten sich seinerzeit die meisten Arbeitgeber bereit, die Finanzierung der Kartoffellieferungen vorzunehmen. Es wurden dementsprechend Abschlüsse mit verschiedenen Händlern gemacht. Die ersten Waggons trafen ein und konnten an die Gewerkschaften verteilt werden. Als die Lieferungen aber plötzlich eingestellt wurden, erweckte dies bei den Gewerkschaften, die noch keine Kartoffeln hatten, böses Blut und Unzufriedenheit. Daraufhin hat sich der Vors. mit dem Kreisausschuß in Verbindung gesetzt und sind vom letzteren 400 000 Mark zinslos für die Beschaffung von Kartoffeln dem Kreiskartell zur Verfügung gestellt worden, rückzahlbar innerhalb 4 Monaten. Er gab dann weiter bekannt, daß sich die Firma Gebr. Rudolph verpflichtet habe, noch 5 000 Zentner zum jeweiligen Tagespreise zu liefern und daß das Kartell abgeschlossen habe, um die Verantwortung, die es übernommen hat, restlos zu erfüllen. — In der Diskussion entspann sich hierüber eine lange Debatte. Gen. Kalex-Elsterwerda führt an, daß es unbedingt nötig wäre, im Kreistag dahin zu wirken, daß die Hälfte der bewilligten Summe direkt zur Verbilligung der Kartoffeln für Minderbemittelte zur Verfügung gestellt würde. Seine Ausführungen fanden allseitigen Anklang. Kreisausschußmitglied Gen. Naumann-Mühlberg ergänzte noch die Ausführungen des Gen. Seehof und kam auf die Ausführungen des Gen. Kalex zu sprechen. Er würde selbstverständlich im Kreistag für Verbilligung der Kartoffeln eintreten. Die bürgerlichen Parteien würden das jedoch um keinen Preis mitmachen und außerdem würde es die Regierung auch nicht genehmigen. Der Landbund sei gewillt, einen Teil Kartoffeln für Minderbemittelte zur Verfügung zu stellen. Das Verteilungssystem behalte er sich aber vor. Dem könnten wir auf keinen Fall zustimmen, denn wir verlangen Kartoffeln für alle. — Gen. Seehof erklärt sich bereit, den Genossen, die noch keine Kartoffeln haben, von seinen etlichen Zentner abzugeben und bittet die anderen Genossen, seinem Beispiel zu folgen, um dadurch der äußersten Not abzuhelfen. — Obmann Gen. Haberland schilderte die Schwierigkeiten beim Einkauf der Kartoffeln. Es sei alles getan worden, was möglich gewesen sei. Ein gut Teil Schuld hätten auch verschiedene Betriebsobleute, die sich nicht genügend um die Versorgung mit Kartoffeln gekümmert hätten. Punkt 3: Verschiedenes. Vors. Gen. Seehof verliest die neuen 10 Forderungen des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gen. Naumann-Mühlberg erklärte, daß die Arbeitermassen geschlossen hinter diesen Mindestforderungen stehen müßten. Nachdem noch verschiedene Fragen erledigt waren, wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Aus aller Welt.

Schweres Schadenfeuer in einer Bücherei. In der lippischen Landesbücherei, einer der ältesten Büchereien Deutschlands, brach nachmittags Feuer aus, dem etwa 30 000 Bände zum Opfer fielen. Der Schaden geht in die Millionen. Bei den Löscharbeiten erlitten drei Schüler Verletzungen.

Schneestürme in Norwegen. Aus Christiania wird gemeldet: Hier herrscht seit einigen Tagen ein heftiger Schneesturm. Der Schnee liegt ½ Meter hoch. Zahlreiche Verkehrsstörungen sind eingetreten. An vielen Stellen sind die Telephone und Telegraphen zerstört worden.

Zugzusammenstoß. Vorgestern Nacht gegen zwei Uhr stießen auf der Strecke Reichenbach—Dresden auf dem Bahnhof Mosel infolge des starken Nebels zwei Güterzüge zusammen. Die Unglücksstätte bildet einen wüsten Trümmerhaufen. Menschenverluste sind bei dem Unfall nicht zu beklagen. Die Strecke ist bis auf Weiteres gesperrt, der Personenverkehr wird über Werdau—Crössnitz umgeleitet.

Sport und Körperpflege.

H. F. C. „Sportlust“. Sonntag, den 27. d. M.: Auf dem Exerzierplatz, Dessauer Straße: Sportlust I—Jeßnitz (Möve) I, ½3 Uhr; Sportlust II—Jeßnitz II, 1 Uhr; Sportlust III—Teicha I, 2 Uhr in Teicha, Abfahrt 11 16 Uhr. Die nächste Versammlung findet Sonnabend, den 26. November 1921, im Restaurant Thomas statt.

T.-V. „Die Naturfreunde“. Donnerstag abend 7½ Uhr: Biologische Arbeitsgemeinschaft im Physikzimmer der Klosterschule. Sonnabend und Sonntag: Bezirkstreffen in Eisleben. Abfahrt Sonnabend nachmittag 1 58 Uhr, abends 6 20 Uhr und Sonntag früh 6,20 Uhr. (Fahrgeld einzahlen. Decke und Instrumente mitbringen.)

Literatur.

Synoptische Tabellen für den geschichtlichen Arbeitsunterricht. Herausg. Siegfried Kawerau. Verlag Franz Schneider, Berlin-Schöneberg. Die systematische Geschichtsvergiftung unserer Jugend unter der Aera des monarchistischen Systems hat viel zu unserem Zusammenbruch beigetragen. Jetzt gilt es, Lehrbücher zu schaffen, die einesteils frei von Byzantinertum und Geschichtsfälschung sind, andererseits den bisher eng begrenzten Gesichtskreis des Schülers über die dynastische Geschichtsschreibung hinaus zur inneren Politik, Volkswirtschaft und sozialen Entwicklung erweitern. Um dabei die großen Zusammenhänge zwischen den Einzelgebieten geschichtlicher Forschung aufzuzeigen, ist zweifellos die synoptische Methode, die bisher nur vereinzelt hier und da versucht wurde, die beste. Auf dieser Grundlage bietet das vorliegende Werk einen klaren und umfassenden Ueberblick über die Weltgeschichte seit etwa 1500 bis auf die Gegenwart, ohne sich allzusehr in verwirrende Einzelheiten zu verlieren. Bei seiner gediegenen Ausstattung und trotz dem äußerst geringem Preise (geb. 45 Mark) möge es für Lehrer und Schüler die Grundlage für den künftigen Geschichtsunterricht in der deutschen Republik bilden! Sch.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.
Betrifft Höchstpreise für Braunkohlenbriketts.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. September und 4. November 1915 wird bestimmt:

1. Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise durch die Reichskohlenstelle stellen sich vom 21. November dieses Monats ab die Höchstpreise für Braunkohlenbriketts für Verbraucher wie folgt:

a) bei fuhrenweiser Anfuhr von

5 bis 9 Zentner	24,50 Mark
10 bis 19 Zentner	24,30 Mark
20 bis 29 Zentner	24,20 Mark
30 Zentner und mehr	24,10 Mark

je Zentner frei Gelaß zu ebener Erde nach der Innenstadt Halle, nach Cröllwitz und Trotha 25 Pfg. mehr.

b) ab Platz der Händler:

mit Gleisanschluß	22,50 Mark
ohne Gleisanschluß	22,70 Mark

je Zentner.

2. Zuwiderhandlungen unterliegen den in der Verordnung vom 11. April 1921 enthaltenen Strafbestimmungen.

Geschäfts Eröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Falkenhain und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich die von Herrn Jentzsch gepachtete Bäckerei ... am Sonnabend den 26. November eröffne.

Ich werde stets bemüht sein, meine werte Kundschaft aufs beste zu bedienen.

Gleichzeitig empfehle ff. Kuchen, diverses Gebäck und Torten in verschiedener Ausführung.

Für Weihnachten empfehle

Lebkuchen u. Christbaumbehang

eigenes Fabrikat. Um gütige Unterstützung bittet

Walter Dornblüt, Bäckermeister.

Für Weihnachtsbescherungen
empfiehlt **Spielwaren**
sowie viele andere Artikel billigst
Paul Lange.
Merseburger Straße 168 Nähe Riebeckplatz.

Scheuertuch-Fabriklager
Adolf Wünsch
Ludwig Wucherer-str. 1a.

Achtung!
Mein Geschäft ist nach beendeter Renovierung am Freitag wieder eröffnet.
Trotz enormer Preissteigerung biete ich immer noch
prima Anzüge
elegante Fassons, beste Verarbeitung,
Kleider und Blusen, Wäsche aller Art,
Militär-, Manchester-, engl. Leder-, gestreifte Hosen
zu staunend billigen Preisen.
Unser Schlager:
Eleg. Kostümröcke mit Falten und Knopfgarnitur 55[00]
Trabert, Kleine Ulrichstraße 5.

Ernst Heilmann:
100 Milliarden neue Steuern.
Wer soll zahlen?
Arbeitendes Volk oder Besitzer von Goldwerten?
Preis M. 2.50 und 15 Pf. Porto.
Buchhandlung Volksstimme,
Gr. Ulrichstr 27.

Tapeten Linoleum
Wachstuche
kauft man am billigsten bei
Tapeten-Rapsilber
Große Steinstraße 82.

Speck, Fett- und Wurstwaren, Hülsenfrüchte, Margarine und sämtliche Backartikel sowie alle Kolonialwaren empfiehlt gut und preiswert
Karl Fallenbacher, Angerweg 1, Ecke Seebenerstr.
Telephon 4139. - Lieferungen frei Haus.

ANZEIGEN
in der
VOLKSSTIMME
bringen dem Geschäftsmann die Erweiterung des Kundenkreises und Erhöhung des Umsatzes.

Otto Katzula's Tuchhdlg
Krumpa bei Mücheln.
Anfertigung feiner Herren- und Damen-Garderobe.
Mod. Formen, gute Arbeit.
Garantiert guter Sitz.

Bei Einkaufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Kaufgesuche

Alle Sorten
Felle u. Tierhaare
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Josef Reuter.
Inh. Bruno Wien, Halle,
Dessauerstr. 5. Fernr. 2292.

Ich zahle stets die höchsten Preise für getragene
Herren-Garderoben
aller Art, Wäsche.
Teppiche, Gardinen,
Leihhausscheine,
ganze Nachlässe usw.
Riesel,
Gr. Märkerstr. 22 I.
Telephon 4161

Ich kaufe
getragene und neue
Garderoben
Wäsche aller Art
Militär-Bekleidung
zu angem. Preis.
P. HAMMER,
Rathausstr. 17, Hof I.

Fellsammlern
Höchstpreise
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2.

Geldverkehr

Wer leiht
4000.— Mark
auf ½ oder 1 Jahr. Angebote unter V. St. 70 an die Exp. d. Ztg.

Leinen-Kragen in allen Formen
Oberhemden
Nachthemden
weiche Kragen
Serviteurs
die besten Qualitäten.
Otto Blankenstein
Leipzigerstr. 71.

Billigste Bezugsquelle von
Matratzen
3teilig mit Leinen und Drellbezügen, pr. Ripenausfüllung
engl. Bettstellen, pr. starkes Holz und Oelfarbenanstrich,
Patentmatratzen,
Chaiselongues
m. pr. Bezügen u. Verarb.
Plüsch- u. Stoff-Sofas
Klub-Sofas u. Sessel
E. Maas,
Charlottenstraße 9.
Fernsprecher 3621.

Leder-Ausschnitt,
sehr vorteilhaft.
Bedarfsartikel,
Schäfte,
Gummiabsätze.
Wilh. Kranig
Lederhandlung.
Neue Promenade 15.

Tanzunterricht.
Der nächste Abendzirkel für Anfänger beginnt in der ersten Hälfte des Dezember 1921.
Gelehrt werden auch alle modernen Tänze.
Anmeldungen von Damen und Herren werden noch entgegengenommen.
Albert Nicolaus,
Mitglied des Bundes deutscher Tanzlehrer
Leipziger Straße 63

Lebensmittel
kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei
Otto Bornschein
G. m. b. H.
Halle, Mittelstraße 21.

Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen der Sozialdem. Partei.

Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 6900.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Merseburg. Am Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr: Sitzung des Unterbezirksvorstandes im Parteibüro.

Bitterfeld. Am Sonnabend, den 26. Novbr., ab 8 Uhr im „Prinz von Preußen“ Partei-Versammlung. Das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist notwendig. Niemand fehle! Freunde unserer Partei sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211124-15/fragment/page=0008